Zeitschrift für Sozialismus

Jahrgang 3 Januar 1936 Nummer 28

Drei Jahre Hitler

Von Karl Henrichsen.

Die Illusion, daß »Deutschland niemals Italien« sein könne, hatte sich in der Hoffnung vom baldigen Sturz der Hitler-Diktatur fortgesetzt, die namentlich im gebildeten, aber unpolitischen Teil des deutschen Bürgertums sehr lange verwurzelt war, jedoch auch das politische Urteil zahlreicher bewußter Gegner des Regimes aus den alten Parteien der Republik reichlich getrübt hat. Seit dem Tode Hindenburgs und dem Kompromiß zwischen Hitler und der Reichswehr ist diese Hoffnung nun bei vielen deutschen Antifaschisten in die Ueberzeugung umgeschlagen, daß der totale Staat des Nationalsozialismus als vollendete Tatsache zu betrachten sei, an der höchstens ein verlorener Krieg des Dritten Reiches etwas ändern könne. Zwischen Illusionisten und Verzweifelten die realpolitische Mitte zu halten, ist nicht immer leicht, zumal die bisherige Geschichte des Dritten Reiches ein einziges Auf und Ab von Krisen und Ausbrüchen des Machtrauschs gewesen ist und Hitler selbst das Bild des Mannes bietet, der zwischen dem Glauben, der Gründer eines tausendjährigen Reiches zu sein, und Katastrophen-Ahnungen hin und her schwankt. Selbst ein Produkt der Krise, hat das Hitler-Regime bisher — trotz der unleugbaren Stabilisierung seiner Macht nach innen und außen — nicht den Eindruck erweckt, jemals aus dem Zustand von Krise und Krampf herauszukönnen. Ein Zustand, den das gläubigste und geduldigste Volk der Erde auf die Dauer nicht ertragen kann.

Die Voraussagen der Pessimisten stützen sich vor allem auf die Tatsache, daß sich der totale Staat in Rußland und Italien zu stabilisieren vermochte, daß das Mittel zum Sturz eines totalitären Regimes noch nicht entdeckt ist und daß trotz allen Enttäuschungen, die der Nationalsozialismus dem deutschen Volke bereiten mußte, von der Bildung einer öffentlichen Meinung mit dem konkreten Wunschbild der Ablösung noch nichts zu verspüren ist. Und da die russischen und italienischen Emigranten mit ihren ewigen Voraussagen vom bevorstehenden Zusammenbruch der Diktatur in ihrer Heimat allmählich allen Kredit verloren haben, liegt es nahe, auch den deutschen Antifaschismus als eine zum Aussterben verurteilte Reaktionsbewegung auf eine endgültig vollzogene Revolution zu betrachten.

Für einen Sozialisten, auch wenn er überzeugter Gegner des bolschewistischen Regimes ist, brauchte der Vergleich des Dritten Reiches mit der Sowjetunion trotz der Anleihe an den Methoden, die der National-

sozialismus beim Kommunismus gemacht hat (und die von vielen bürgerlichen Kritikern mit dem Wesen verwechselt wird) nicht als beweiskräftig zu gelten. Für die bolschewistische Diktatur ist der totale Staat Form, die mit sozialistischem Inhalt gefüllt und aufgegeben werden soll, wenn sie ihren Zweck erreicht hat; dem Faschismus ist die Totalität des Staates Selbstzweck. Und der schärfste Kritiker an der Wirklichkeit des kommunistischen Rußland kann nicht verkennen, daß das Sowjetregime die historische Mission empfangen hatte, den Eintritt von 150 Millionen Menschen in die Zivilisation zu bewirken. In Deutschland und — in geringerem Maße — auch in Italien bedeutet die faschistische Diktatur dagegen das Abgleiten von einer bereits erreichten Zivilisationsstufe. Die Zielvorstellung des russischen Bolschewismus ist humanitär, er hält an der Wertordnung fest, die in zweitausendjähriger Entwicklung von der Antike, dem Christentum und der neuzeitlichen Bewegung für die Menschenrechte ausgebildet wurde. Der Faschismus und der Nationalsozialismus leugnen diese Wertordnung und sind bewußt und gewollt antihumanitär. In Rußland ist einem Volke, und vor allem einer Jugend, auf Wegen und mit Mitteln, über die sich streiten läßt, Neuland gezeigt worden. Deutschland und Italien suchen — zum Teil mit denselben Mitteln — den Weg zum gesellschaftlichen Fortschritt endgültig zu versperren.

Wäre also nur Rußland zum Vergleich heranzuziehen, man könnte sehr leichten Herzens die Frage verneinen, ob das Dritte Reich eine Aussicht auf Dauer hat. Aber es gibt auch Italien und die unbestreitbare Tatsache, daß wenigstens die italienische Jugend eine faschistisch gesinnte Generation darstellt, während die älteren Jahrgänge des italienischen Volkes in müder Resignation verdämmern und das Regime als auswegloses politisches Schicksal ertragen. Gewiß, Mussolini hatte das Glück, daß der Antritt und der Ausbau seiner Herrschaft mit einer Prosperitätsepoche und der Entwicklung des italienischen Kapitalismus auf die Stufe fortgeschrittenerer Länder zusammenfielen. Aber auch die Krise, die Italien härter betroffen hat als zahlreiche andere Länder, hat an der Festigkeit der Diktatur und der Begeisterung der Jugend für den Faschismus nichts geändert. Daß Mussolini sich in das abessinische Abenteuer gestürzt hat, ist zwar mitbedingt durch das Bedürfnis, eine Ablenkung und vielleicht sogar einen Ausweg aus der Krise zu zeigen. Aber es war kein Verzweiflungsschritt eines Diktators, der sich auf andere Weise nicht zu halten vermocht hätte. Die entscheidende Rolle hat die Ueberzeugung des »Duce« gespielt, daß nun die Zeit zur Erfüllung seiner Großmachtträume gekommen sei. Für das bürgerlich demokratische und liberale Europa ein wunderbarer Anschauungsunterricht, der die Legende von der staatsmännischen Weisheit Mussolinis und der grundsätzlichen Verschiedenheit des Faschismus vom Nationalsozialismus widerlegt. Mussolini hatte zu Beginn dieses Jahres eine unerhörte Chance. Italien war als Vorkämpfer Europas gegen das Dritte Reich aufgetreten, hatte die Unabhängigkeit Oesterreichs gerettet, schien sich, trotz der Verwirklichung der politischen Totalität, durch weise Mäßigung dem Fanatismus des

Hitlerregimes, vor allem der Tollheit seines Rasseexperimentes gegenüber so vorteilhaft abzuheben, daß eine Bewegung der Sympathie für das Regime Mussolinis durch die Welt ging. Dazu hatten die deutsche Aufrüstung und die hartnäckige Weigerung Hitlers, sich in das System der kollektiven Sicherheit einzugliedern, die politische und militärische Bedeutung Italiens derart gesteigert, daß es alle Aussichten hatte, große Vorteile aus einer Situation zu ziehen, die ihm bereits die Verständigung mit Frankreich und die Hoffnung auf ein sehr günstiges Arrangement mit der Kleinen Entente und entsprechenden Einfluß in Mitteleuropa eingetragen hatte. Selbst in antifaschistischen Kreisen war die Auffassung verbreitet, daß man, im Hinblick auf die deutsche Gefahr, Italien in Abessinien freie Hand lassen müsse. Mit geschickter Taktik hätte Mussolini wahrscheinlich nicht nur seine kolonialen Ziele verwirklichen, sondern auch noch die finanzielle und wirtschaftliche Hilfe Frankreichs und der angelsächsischen Mächte zur Ueberwindung der Krise erlangen können. Es war sein persönlicher Fehler, nicht der innere Zwang seiner Lage, daß er selbst seine Chance so brutal zerstört und der Welt gezeigt hat, welche Gefahr ein faschistischer Diktator nicht nur für das eigene Land bedeutet.

Für das Problem Hitler-Deutschland läßt sich aus dieser italienischen Erfahrung eine greifbare Lehre ziehen. Die Aussichten Hitlers, den drei Jahren seiner Herrschaft noch eine stattliche Dauer hinzuzufügen, hängen von seinen Möglichkeiten ab, sich zu »europäisieren«. Auch er hat diese Chance gehabt und er hätte sie um so besser ausnützen können, je größer die Befürchtungen waren, die sein Machtantritt in der ganzen Welt erweckte. Der Schreiber dieser Zeilen, der zu den Pessimisten gehörte, die in den letzten Jahren der Weimarer Republik das Verhängnis der Niederlage unaufhaltsam herannahen sahen und nicht an den Erfolg der Taktik glaubten, durch Begünstigung der alten Reaktion gegen den anstürmenden Nationalsozialismus — also in der Formel »Hindenburg gegen Hitler« — die Errichtung des Dritten Reiches verhindern zu können, gesteht, daß ihn die Entwicklung nur in zwei Punkten angenehm überrascht hat. Durch die Hinübernahme des Rassenwahns aus der oppositionellen Periode des Nationalsozialismus in die Zeit seiner Herrschaft und durch die Nichtausnützung der pazifistischen und europäischen Chance der Diktatur. Nur durch das Konkordat mit der römischen Kirche und die Verständigung mit Polen hat das Dritte Reich den schlimmsten Erwartungen entsprochen, die ein deutscher Antifaschist hegen mußte. Aber es hat sich bald gezeigt, daß das Konkordat nur als taktisches Hilfsmittel gedacht war, um den politischen Katholizismus desto besser abwürgen zu können, daß das Dritte Reich aber im übrigen das verhängnisvolle Erbe der altpreußischen Reaktion, den Antiultramontanismus, voll mitbekommen hat. Die Verständigung mit Polen aber sollte nicht die Hindernisse der Verständigung mit Frankreich beseitigen und also den Weg nach Europa aufschließen, sondern dem Gewinn eines Bundesgenossen für den »Ritt gen Ostland« dienen. Die deutsche Krise — das heißt die Totalkrise des deutschen Volkes, nicht nur die wirtschaftliche, auch die geistige und moralische, deren Unterschätzung die deutsche

Linke den Kampf gegen Hitler verlieren ließ — ist nur im europäischen Rahmen zu lösen. Ein faschistisches Regime, das diese Situation begriffen hätte, hatte die Aussicht, sich auf ein Menschenalter mindestens zu stabilisieren. Der Nationalsozialismus hat diese Situation nicht begriffen. Er ist in der Regierung geblieben, was er in der Opposition war: eine antieuropäische Bewegung. Er hat die drei Jahre, die ihm bisher geschenkt wurden, dazu benutzt, seine antieuropäische Position so auszubauen, sein wirtschaftliches und politisches Schicksal und seine Kulturpolitik so unabänderlich mit dem Erfolg einer gegen Europa gerichteten Herausforderung zu verbinden, daß der Verzicht auf diese Haltung gleichbedeutend mit der freiwilligen Abdankung des Regimes wäre. Auch die wiederholten »Friedensoffensiven« Hitlers hatten ja nur den Zweck, durch Verständigung mit den Westmächten zunächst einmal freie Hand im Osten zu gewinnen und England wenigstens dem Gedanken der kollektiven Sicherheit zu entfremden. Und wenn auch der klügste unter den Machthabern des Dritten Reiches, Göbbels, sich immer wieder bemüht, den antiimperialistischen Charakter des Nationalsozialismus aufzuzeigen und eine Art von »völkischem« Pazifismus zu verkünden, die Taten beweisen das Gegenteil. Die Tatsache nämlich, daß Hitler-Deutschland ernstlich mit dem Kriege rechnet, der angesichts der erklärten Friedensliebe aller übrigen Mächte nur ein deutscher Angriffskrieg sein kann.

Neben der echten Chance Deutschlands, dem Anschluß an Europa, lag eine trügerische: die Erzeugung einer künstlichen Binnenkonjunktur durch Aufrüstung unter gleichzeitiger Wiederherstellung einer kontrollierten Kriegswirtschaft mitten im Frieden. Wer diesen Weg ging, mußte sich in eine Sackgasse verrennen. Der Nationalsozialismus hat es getan. Alles übrige war Bluff, Neuverteilung der Arbeitslosenhilfe durch die Schaffung wirtschaftlich unproduktiver Nationalwerkstätten.

Drei von den vier Jahren, die Hitler vom deutschen Volke erbeten hatte, um den Beweis anzutreten, daß er es aus der wirtschaftlichen und sozialen Misere herausführen könnte, sind jetzt vorüber. Sie haben immerhin bereits zu einer ernsten Ernährungskrise und zu einer vollkommenen Zerrüttung der Finanzen und der Währung im Zeichen der Selbstblockade geführt. Es ist — auch beim ernstesten Bemühen, die positiven Möglichkeiten des Dritten Reiches zu entdecken — kein Ausweg aus dem Dilemma zu erblicken, das, auf die schärfste Formel gebracht, Krieg oder Rückkehr zur Brüningschen Deflationspolitik unter wesentlich ungünstigeren Voraussetzungen lautet.

*

Das Hitler-Regime hat viel Glück gehabt. Seine Spekulation auf die Friedensliebe der anderen Mächte hat nicht getrogen. Die ungeheure Belastungsprobe, die dem europäischen Frieden durch den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbunde, die Machenschaften in und gegen Oesterreich und durch das Eingeständnis der Aufrüstung als vollendeter Tatsache zugemutet wurde, sind von den Regierungen, für die auch ein Präventivkrieg ein Verbrechen darstellt, hingenommen worden, ohne daß

auch nur von Sanktionen die Rede gewesen wäre. Der Appell an den Antibolschewismus und an die Sympathien, denen ein faschistisches Regime bei den Reaktionären aller Länder begegnet, die Abneigung Englands, sich für künftige Konfliktsfälle im voraus zu binden und seine durch Locarno übernommenen Verpflichtungen auf Ost- und Zentral-Europa auszudehnen und schließlich der Zerfall der Stresa-Front durch das abessinische Abenteuer Mussolinis haben es bis heute verhindert, daß der antieuropäischen Herausforderung die Bildung eines »cordon sanitaire« um die Grenzen des Hitler-Reichs geantwortet hätte.

Noch leichteres Spiel hat die Diktatur im Inneren gehabt. Mit dem einfachen Mittel, die Kommunisten-Angst des Bürgertums gegen den Sozialismus, die Abscheu der breiten Massen vor der sozialen Reaktion gegen die bürgerliche Opposition auszuspielen, hat sie ihre Herrschaft zu stabilisieren vermocht. Der ungeheure Fehler aller durch den nationalsozialistischen Totalitarismus in der Existenz bedrohten Schichten, ihre Teilfreiheiten durch restlose Gleichschaltung auf allen übrigen Gebieten erkaufen zu wollen, statt sich zur grundsätzlichen Ablehnung eines für sie tödlichen Systems in seiner Gesamtheit zu bekennen, hat sich bitter gerächt. Es ist dadurch bis heute unmöglich gewesen, die ungeheure Masse der Unzufriedenen zu einer einheitlichen politischen Willensbildung mit dem Ziel zu führen, daß die Diktatur unter allen Umständen gestürzt werden müsse.

Die nationalsozialistische Demagogie tut auch noch immer ihre Wirkung. Der Antisemitismus ist der »Sozialismus der Dummen« geblieben, die nach wie vor überzeugt sind, daß der Kampf gegen die Juden Bekämpfung von tatsächlichen oder von möglichen Ausbeutern des deutschen Volkes sei. Die Unterdrückung der Kirchen wird von den außerhalb der Bekenntnisgemeinschaften stehenden Volksschichten teils als begrüßenswerte Auflehnung gegen die konfessionelle Zerklüftung und das unfruchtbare »Pfaffengezänk«, teils als die notwendige Reaktion auf »volksfremde« Einflüsse, unpatriotisches Verhalten, Schädigung der Volksgemeinschaft und Mißbrauch des geistlichen Amtes zu weltlichen Zwecken begrüßt.

Der Pseudopazifismus des Hitler-Regimes wird von der ehrlich friedliebenden, übergroßen Mehrheit des Volkes nicht durchschaut. Wie man 1914 überzeugt war, in einen aufgezwungenen Verteidigungskrieg zu gehen, so wird heute die Versicherung der Machthaber gläubig hingenommen, daß nur der Neid und der Vernichtungswille des bösen Auslandes die Einigung über ein gemäßigtes Revisionsprogramm und die Beseitigung der letzten Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrags verhindern. Und gerade deshalb ist es so leicht möglich gewesen, dasselbe Volk, das so aufrichtig den Frieden will, in einen exaltierten Nationalismus hineinzusteigern, ihm die Ueberzeugung beizubringen, daß Deutschland den anderen Völkern moralisch überlegen sei und eine Weltmission zu erfüllen habe, deren Erfolg von dem heilsamen Respekt der anderen vor der deutschen Rüstung abhänge. Die fatale Formel vom »deutschen Wesen, an dem die Welt genesen« solle, ist in nationalsozialistischer Neuprägung

wieder zum Glaubensgut von Millionen deutscher Menschen geworden. Die Bereitschaft, im Dienst dieser »Mission« Opfer zu bringen — der Verzicht auf Butter für die Kanonen —, ist tatsächlich in weiten Schichten des deutschen Volkes vorhanden.

Von entscheidender Bedeutung für die Dauer des Regimes ist die Haltung der Arbeiterschaft. Sie läßt sich auf die Formel bringen: sehr viel Unzufriedenheit und Ansätze zum Kampf um die verlorenen Rechte, aber nur bei den sozialistischen Kaders ein klares Wissen um den Charakter des Hitler-Reichs. So unglaublich es dem politischen bewußten Menschen klingen mag, die Tatsache läßt sich nicht wegleugnen, daß breite Massen — auch früherer Mitglieder der Gewerkschaften und Wähler der SPD oder KPD — Opfer der faschistischen Lüge geworden sind und im Dritten Reich, wenn auch keinen sozialistischen, so doch einen im Interesse der arbeitenden Menschen regierten Staat sehen. Die Rüstungskonjunktur in Verbindung mit der Tatsache, daß kein massiver Lohnabbau erfolgte und die Versicherungseinrichtungen im allgemeinen erhalten blieben, haben genügt, die Unpolitischen in der deutschen Arbeiterklasse den fortdauernden Versicherungen der Machthaber zugänglich zu machen, all ihr Denken und Trachten sei der materiellen und moralischen Erhöhung des deutschen Arbeiters gewidmet. Die psychologischen Fehler der Weimarer Republik lassen sich an den propagandistischen Erfolgen der nationalsozialistischen Regierung ablesen. Die für die gesellschaftliche Situation z. B. vollkommen unwichtigen Aktionen gegen einzelne »unsoziale Unternehmer« haben eine tiefgehende psychologische Wirkung auf die Arbeiterklasse ausgeübt. Auch sollte man sich hüten, in der Organisation »Kraft durch Freude« nur den Anlaß zu billigen Witzen zu sehen. Die nationalsozialistischen Machthaber sind Meister in der Kunst, sich durch kleine Geschenke, die sie nichts kosten, die Freundschaft ihrer »Untertanen« zu erhalten.

Vor allem aber ist dem Dritten Reich zugute gekommen, daß die Lenker seiner Geschicke auf die Organisation einer Caritas verfallen sind, die naiven Gemütern als vollgültiger Ersatz für Sozialismus erscheinen mag. »Der Führer hat an uns gedacht«, erklären gerührt die von der Winterhilfe Beglückten, auch wenn der Wert der Zuwendung, die ihnen gemacht wurde, noch nicht einmal die Höhe ihres eigenen »freiwilligen« Beitrags erreicht. Ein Regime, das sich bereit erklärt, dafür zu sorgen, daß kein Deutscher zu hungern oder zu frieren brauche, ist damit von vornherein eines Vertrauensvorschusses sicher, der schon ein ziemliches Maß an Kritik auszuhalten vermag.

Trotzdem — und trotz der völligen Unmöglichkeit einer öffentlichen und systematischen Kritik — ist seit Monaten der Punkt erreicht, der den Umschwung von der Stabilisierung der Diktatur zur allmählichen Zersetzung ihrer Massenbasis bedeutet. Man darf sich das nur nicht im demokratischen Sinne, als Uebergang von der Regierungsmehrheit zur Opposition vorstellen. Der Prozeß ist viel komplizierter und verläuft keineswegs gradlinig. Ganze Volksschichten und unzählige Individuen schwanken fortwährend zwischen Glauben und Zweifeln. Aber

mehr und mehr wird der Schleier der Lüge durchstoßen. Und mehr und mehr gewinnt die Ueberzeugung Raum, daß nicht mehr die Reform innerhalb des Systems, die Abstellung der Mißstände durch die Machthaber selber, der Appell vom schlecht unterrichteten an den besser zu unterrichtenden »Führer«, sondern nur der Sturz der Diktatur selber unhaltbar werdende Zustände beseitigen und die drohende Katastrophe verhindern könne. Wahrscheinlich wäre heute schon die Mehrheit des deutschen Volkes bereit, bei offener und unbeeinflußter Willenskundgebung gegen den Fortbestand des Dritten Reiches zu stimmen; sicher ist, daß eine ganze große Mehrheit dieses Volkes sich aus labilen Menschen zusammensetzt, dem Regime also keine Aussicht auf die Dauer gibt.

*

Von der oppositionellen Disposition der Volksmehrheit bis zum Aufstand der Geknechteten ist ein weiter Weg, den nicht nur das Propagandaministerium, sondern auch SS und Gestapo versperren; ganz abgesehen davon, daß Millionen noch keineswegs sicher sind, auf diesem Wege zum Ziele: der Freiheit, der Wohlfahrt und der guten Regierung Deutschlands kommen zu können. Die aus Mißvergnügten aller Gesellschaftsschichten zusammengesetzte Wählermasse, deren »Stimmzettellawine« Adolf Hitler den Zugang zur Macht ebnete, hat nur zum kleinen Teil aus überzeugten Nationalsozialisten bestanden. Und wenn sich diese Kaders inzwischen auch um einige Millionen verstärkt haben dürften, die durch den Erfolg gewonnen wurden — also nicht um Menschen, auf die man in der Stunde der Not zählen kann — so machen sich die regierenden Kreise durchaus keine Illusionen über die »Weltanschauung« der großen Mehrheit des deutschen Volkes. Wenn sie nicht gerade Propagandareden halten, geben sie auch offen zu, daß die eigentliche Aufgabe noch vor ihnen stünde. Die Erfahrungen, die Hitlers alte Wähler und seine früheren Gegner inzwischen machen mußten, sind nicht dazu angetan gewesen, die Verwandlung von acht Zehnteln der deutschen Menschen in wirkliche Nationalsozialisten zu beschleunigen. Aber mit den »Alten« — und darunter versteht man alle, die mit wachem politischem Bewußtsein die Vor-Hitler-Zeit erlebt haben, rechnen die Machthaber ja schon gar nicht mehr. Für die genügen Propaganda und Terror. Die eigentliche Sorge des Regimes gilt den heranwachsenden und den künftigen Generationen, die zu Trägern des nationalsozialistischen Staates erzogen werden sollen.

Nachdem sich die Hoffnungen auf einen baldigen Sturz der Diktatur als trügerisch erwiesen haben, ist dem deutschen Antifaschismus dieselbe Frage gestellt. Denn mit jedem Tage, der dem Dritten Reich beschieden ist, vermindert sich die Zahl der Deutschen, die mit anderen politischen Auffassungen als dem Nationalsozialismus bekannt geworden sind, die eine andere politische Wirklichkeit als die der Diktatur erlebt haben und sich der Zeit erinnern, in der es straffrei war, anders zu denken, zu reden und zu handeln, als es der totale Staat erlaubt. Und, was noch schwerer wiegt, es vermindern sich auch die Kaders der aktiven und bewußten politischen Opposition, die von den alten Parteien übrig geblieben sind.

Kein Zweifel, die deutsche Jugend hat dem Nationalsozialismus mehr

uneigennützig begeisterte als aus vermeintlichem persönlichem Interesse zugelaufene Anhänger gestellt. Und das Beispiel Italiens beweist, daß es kein Privileg des Sozialismus ist, die Jugend eines Volkes gegen die »Ansteckungsgefahr« anderer politischer Systeme zu immunisieren. Auch der Faschismus ist dazu in der Lage, auch unter seiner Herrschaft kann, wie der einzelne, ein ganzes Volk das Produkt seiner Erziehung werden. Der Totalitätskampf des Nationalsozialismus ist in erster Linie ein Kampf um die Jugend. Die Bewegung in der deutschen Jugend verdient also ganz besonders aufmerksame Beobachtung auch durch die Gegner der Hitler-Diktatur.

Drei Gründe sprechen gegen den Erfolg des nationalsozialistischen Erziehungsexperimentes. Zunächst die Tatsache, die bisher das stärkste Plus des Regimes war, die ehrliche Begeisterung, mit der die Mehrheit der deutschen Jugend zu den Fahnen Hitlers gekommen ist. Ideal und Wirklichkeit beginnen wieder einmal im Erlebnis einer heranwachsenden Generation unheilbar auseinanderzuklaffen. Die Wirklichkeitsanschauung, die Deutschlands Hitler-Jugend und die Mitglieder des »Bundes deutscher Mädels« gewinnen, fängt langsam aber sicher an, ihre Früchte gegen das System zu tragen. Der Schritt von der innerparteilichen Kritik zur Opposition gegen das Regime der Partei selber wird gerade von den Jugendlichen mit zunehmender Häufigkeit getan. Daneben darf nicht außer acht gelassen werden, daß, wenn auch nicht die Mehrheit, so doch wichtige und besonders wertvolle Teile der deutschen Jugend in der Opposition aufwachsen. Die Jugend, die mit den Kaders der sozialistischen Parteien in Berührung kommt, die vom Gleichschaltungswahn genesene ehemals »bündische«, die katholische und die von der evangelischen Bekenntniskirche erfaßte Jugend. Gewiß, abgesehen von den Sozialisten, kämpfen diese jungen Menschen zunächst nur für Teilfreiheiten. Aber das ausschlaggebende ist, daß sie überhaupt kämpfen müssen, und zwar gegen die Organisationen der Partei, in deren »Weltanschauung« sie aufwachsen sollten. Und schließlich hat die Organisation der Jugend in den nationalsozialistischen Verbänden und ihre Erziehung durch die nationalsozialistische Schule den Kontakt zwischen der jungen und der älteren Generation noch nicht völlig zu zerstören vermocht. Er besteht fort in der Familie, im Freundeskreis und im Arbeitsverhältnis. Anfangs ist es zur Auflehnung der nationalsozialistischen Jugend gegen diese Einflüsse gekommen, soweit sie dem Regime feindlich waren. Aber auf die Dauer wirkt der Anschauungsunterricht der schlechten Erfahrungen, die die älteren Generationen mit dem Nationalsozialismus machen mußten, stärker auf die Jugend als die entgegengesetzte Propaganda der Partei.

*

Denn auch die Jugend kann sich der Macht der objektiven Tatsachen nicht verschließen. Sie sind keine Garantie für den Sturz der Diktatur, aber sie bewirken die Häufung ihrer inneren Krisen und die allmähliche Zerstörung ihrer Magie. Je mehr sich der Nationalsozialismus dem Punkte nähert, an dem er sich als tatlos bekennen muß, je mehr es offenbar wird, daß er die Lösung der Lebensfragen des deutschen Volkes nur zu

verschieben, zu verfälschen, vorzutäuschen, aber nicht wirklich herbeizuführen vermochte, desto näher kommt der Tag, an dem aus labilen Unpolitischen und nur teilweise Mißvergnügten entschlossene und totale Gegner der Diktatur werden müssen.

Das braucht nicht morgen oder übermorgen zu sein. Terror und Propaganda üben eine furchtbare Gegenwirkung. Und die Manövriermasse des Dritten Reiches ist keineswegs erschöpft. Nicht in der Außen-, nicht in der Kirchen- und Kultur-, nicht in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Machthaber Hitler-Deutschlands kennen ein einziges Ziel: sich an der Macht zu halten. Sie sind bereit, ihm sämtliche Methoden, Programmpunkte und »Ueberzeugungen« zum Opfer zu bringen. Und sie sind ebenso bereit, Deutschland lieber einer Katastrophe entgegenzuführen, als der Opposition das Feld zu räumen.

Aber ihre Manövrierfähigkeit erschöpft sich auf dem Gebiet der Taktik. (Da ja auch ihre Grundsätze bewußt oder unbewußt nie etwas anderes waren als Taktik. Hitler und seine Unterführer sind zum größten Teil gläubig, aber sie glauben nur an sich selbst und an ihre »Sendung«, nicht an den objektiven Gehalt ihrer Ideen.) Und Taktik kann nicht bis ins Unendliche helfen. Zu einem ist die Diktatur unfähig: zur Umkehr in ihr Gegenteil. Und dieses Eine ist zugleich die einzige Rettung Deutschlands. Der Nationalsozialismus regiert ohne Hintermänner, also kann er auch nicht organisch verwandelt und »normalisiert« werden. Er wird stürzen.

Hitler und Europa

Von Rudolf Breitscheid.

Die außenpolitischen Ziele, die Hitler in seinem Buche »Mein Kampf« dem deutschen Volke setzte, waren diese: Bündnis mit England und Italien zur gemeinsamen Niederwerfung und Isolierung des verhaßten Frankreich; Erwerbung von Siedlungsboden im Osten, wobei zunächst die Frage offen blieb, an welche östlichen Gebiete in erster Linie zu denken sei, und endlich die Angliederung Oesterreichs. Das zehn Jahre vor der Machtergreifung geschriebene Buch ist in seinen späteren Auflagen unverändert geblieben und immer wieder wird ihm der Charakter einer politischen Fibel und Bibel der Nation, über die es in Millionen von Exemplaren ausgestreut ist, zugesprochen.

Der Verwirklichung des Programms freilich ist Deutschland in den drei Jahren nationalsozialistischer Herrschaft nur insoweit näher gekommen, als es sich unbekümmert um geltende Verträge und den platonischen Widerspruch der Mächte verspottend die Waffen verschafft hat, mit deren Hilfe es seine Ziele zu erreichen hofft, und außerdem sind im Laufe der Zeit Zweifel entstanden, ob der Führer überhaupt noch an seinen alten Ideen festhält. Schon im Jahre 1933 ist er dem glücklicherweise vergessenen Viermächtepakt beigetreten, obwohl ihm auch Frankreich angehörte.

Einige Monate später schloß er den Freundschaftsvertrag mit Polen, das bis dahin von seinen Anhängern so gut wie von seinen Gegnern für eines der im Vordergrund stehenden Objekte des nach Osten gerichteten Ausdehnungsdranges gehalten wurde und gehalten werden mußte, und was das wichtigste ist: seit langem streckt er Frankreich die Hand entgegen und wirbt mit staunenerregender Zähigkeit um die Freundschaft des »unerbittlichen Todfeindes« von ehedem. Das gute und herzliche Einvernehmen mit dem Staat, dessen Vernichtung geradezu als die Voraussetzung für die Befreiung und den Wiederaufstieg Deutschlands galt, scheint der Eckstein Hitlerscher Außenpolitik geworden zu sein.

Hier hat sich ein Wandel vollzogen. Aber handelt es sich wirklich um ein grundsätzliches Aufgeben der früher verfolgten Pläne oder nur um eine taktische Umstellung? Ist der Zweck ein anderer geworden, oder werden nur die Mittel gewechselt? Das ist das Problem, vor das sich die Welt gestellt sieht.

Es liegt nahe, auf die Tatsache hinzuweisen, daß die Dinge für den leitenden Staatsmann nicht mehr dasselbe Gesicht haben, wie für den wilde und zügellose Opposition treibenden Parteiführer. Auch Hitler hat seine Erfahrungen gemacht. Er mußte bald erkennen, daß weder das rassenverwandte England noch das staatsformverwandte Italien einem Bündnis gegen die »vernegerte« französische Republik geneigt seien. Die Berliner Anbiederungsversuche wurden in London sowohl wie in Rom sehr kühl aufgenommen. In London wandte man sich besonders in der ersten Zeit mit Entrüstung und Abscheu von der Barbarei des neuen Regimes ab, und der umschmeichelte Mussolini gab deutlich zu verstehen, daß er über die Zukunft des Donaugebietes wesentlich anders denke als sein deutscher Kollege. Er schloß mit Oesterreich und Ungarn eine Art von Patronatsvertrag ab, und der Besuch, den ihm Hitler im Frühjahr 1934 abstattete, endete mit einer tiefen Verstimmung.

Weiter stellte es sich als notwendig heraus, das Ostprogramm enger zu fassen. Den Osten ganz allgemein als zukünftiges Kolonisationsland zu behandeln, ging nicht an. Deutschland konnte nicht zu gleicher Zeit Front gegen die Sowjetunion, Polen und die baltischen Staaten nehmen, und deshalb benutzte es die Russenfeindschaft Pilsudskis, um mit Warschau jenes Abkommen einzugehen, das ihm den Verzicht auf die Wiedergewinnung eines 1919 verlorenen und nicht zuletzt von den Nationalsozialisten so schmerzlich betrauerten Besitzes auferlegte. Einen Trost fand es in der Ueberzeugung, einen Bundesgenossen für die Durchführung seiner übrigen Eroberungspläne gefunden und überdies Frankreich eines Freundes beraubt zu haben.

Und endlich vermochte sich der zur Regierung gelangte Diktator auch der Einsicht nicht zu entziehen, daß er nicht stark genug sei, nach welcher Seite auch immer einen Schlag zu wagen, solange die Gefahr einer Einmischung der übrigen Mächte bestehe. Die militärischen Vorbereitungen des Reiches sind noch nicht beendet. Seine finanzielle Lage erschwert eine noch größere Beschleunigung der Rüstungen; das Menschenmaterial ist zwar vorhanden, aber noch nicht genügend geschult und eingearbeitet.

Ein Krieg wäre unter diesen Umständen zum mindesten ein großes Risiko. Deshalb wird Friede und nochmals Friede gepredigt. Deshalb wird Frankreich als der mißtrauischste der Nachbarn zu beruhigen gesucht, und deshalb wird das Programm jetzt auf die Forderung nach internationaler »Gleichberechtigung« zusammengedrängt.

Aber worin besteht die Gleichberechtigung? Zum guten Teil von der Beantwortung dieser Frage hängt es ab, ob wir es mit einer grundsätzlich neuen Orientierung der Politik des Dritten Reiches zu tun haben, oder ob taktische Züge die letzten Absichten verschleiern sollen.

Hitler hat in seiner Reichstagsrede vom Mai 1935 erklärt: »Diese Gleichberechtigung muß sich auf alle Funktionen und alle Besitzrechte im internationalen Leben erstrecken.« Funktionen und Besitzrechte — was heißt das? Man verlangt — nebenbei gesagt durchaus im Gegensatz zu den in »Mein Kampf« formulierten Postulaten — Kolonien. Aber wird man sich mit einer solchen Erweiterung des gegenwärtigen Besitzstandes begnügen? Ist die Idee einer Grenzverschiebung in Europa aufgegeben?

Hitler versichert, daß er die territorialen Bestimmungen der Verträge unbedingt respektieren und die »im Wandel der Zeiten unvermeidlichen Revisionen nur auf dem Wege einer friedlichen Verständigung durchführen« wolle. Aber was gedenkt er zu tun, wenn die unvermeidlichen Revisionen mit friedlichen Mitteln nicht zu erlangen sind? Obwohl ihm von keiner Seite ein Angriff droht, stellt er ein gewaltiges Heer auf die Beine, und die Furcht ist nur allzu berechtigt, daß er die Gleichberechtigung in den Funktionen als das Recht auffaßt, sich das, worauf er einen Anspruch zu haben glaubt, mit den Waffen in der Hand zu nehmen. Bekanntlich hat er es auch abgelehnt, seinen lapidaren Satz zu erläutern, als die Engländer ihn seinerzeit um eine Auslegung ersuchten. Die Zweideutigkeit bleibt bestehen.

Aber die politische Praxis der Berliner Machthaber kann uns Fingerzeige geben. Sie verweigern die Beteiligung an dem Ostpakt zur gegenseitigen Unterstützung im Falle eines nicht provozierten Angriffs. Sie befürworten statt dessen zweiseitige Nichtangriffspakte, die nach ihren Worten eine Isolierung der Kriegführenden und eine Lokalisierung des Kriegsherdes gewährleisten sollen. Das heißt nichts anderes, als daß der Schwächere dem Stärkeren preisgegeben, und daß der Angreifer gegen die Einmischung Dritter geschützt werden soll. Wer Verträge dieser Art in Vorschlag bringt und sich einer allgemeinen, den Frieden sichernden Abmachung widersetzt, ist nicht imstande, den Verdacht von sich abzuwälzen, daß er sich die Hände für die Anwendung gewaltsamer Mittel freihalten will, und daß er nur auf die für seine Pläne günstigen Umstände wartet.

So auch ist letzten Endes der Austritt aus dem Völkerbund zu begreifen. Deutschland wollte sich aus den Fesseln einer kollektiven Friedensverpflichtung befreien, und wenn es sich heute zuweilen den Anschein gibt, als sei es unter gewissen Bedingungen zur Rückkehr nach Genf bereit, so soll man sich nicht darüber täuschen, daß eine der wesentlichsten

Voraussetzungen die Gewährung der Ellbogenfreiheit im Osten sein würde. Es liegen ja auch genügend Aeußerungen aus dem Hitlerlager vor, die das bestätigen, und beispielsweise braucht nur an jene unmißverständlichen Bemerkungen erinnert zu werden, die vor wenigen Monaten Herr Schacht gegenüber dem Direktor der Bank von Frankreich in Basel gemacht hat.

Zunächst allerdings ist das deutsche Bemühen darauf gerichtet, sich auf diplomatischem Wege Vorteile zu verschaffen. Es sucht die Gegensätze unter den Kräften, die sich ihm entgegenstellen könnten, auszunutzen. In dieser Beziehung arbeitet das Hitlertum nicht ohne Geschick, und es wird außerdem sowohl von der Entwicklung der internationalen Verhältnisse wie von der zaghaften Unentschlossenheit der in Betracht kommenden Regierungen unterstützt.

Das leichtfertig und frevelhaft unternommene Abenteuer Mussolinis hat Deutschland eine große Chance gegeben. Italiens Aufmerksamkeit wurde von Europa abgelenkt, und seine Stellung am Brenner wurde erheblich geschwächt. Die im letzten April zustandegekommene Stresafront brach zusammen, und das bedeutete für Hitler eine große Entlastung. Er brauchte nicht länger ein gemeinsames Auftreten von Großbritannien, Frankreich und Italien zu fürchten, und namentlich besserten sich die Aussichten, wenn nicht für den Anschluß, so doch für die Gleichschaltung Oesterreichs. Da er dem Völkerbund nicht angehörte, war er des weiteren in der angenehmen Lage, sich in der Sanktionsfrage einer klaren Stellungnahme zu entziehen. Er konnte sozusagen eine mittlere Linie einhalten, das heißt: er lieferte an den Angreifer nur Waren, die er selbst hatte und zu entbehren imstande war und begründete die Nichtlieferung der Materialien, die er nicht besaß oder behalten wollte, unter frommen Augenaufschlag mit seiner Abneigung gegen Krieg und Kriegsprofite. So stieß er weder die britische Regierung, an deren Gunst ihm so viel gelegen ist, vor den Kopf, noch verschlechterte er seine Beziehungen zu Mussolini. Er hielt sich für alle Eventualitäten bereit.

Seine stärksten Hoffnungen setzte Berlin jedoch auf ein Versagen des Völkerbundes. Konnte der sich nicht zu einem Beschluß gemäß seines Artikels 16 aufraffen, so war er erledigt, und jedem Eroberungszug öffnete sich eine freie Bahn. Und selbst wenn er wider Erwarten den Bestimmungen seiner Satzung entsprach, so konnten bei der Durchführung der Maßnahmen unter seinen Mitgliedern Meinungsverschiedenheiten entstehen, die sich für Deutschland ausbeuten ließen.

Diese schönen Wünsche haben sich nicht verwirklicht, obwohl mehr als einmal, zuletzt bei dem Laval-Hoareschen Friedensvorschlag ihre Erfüllung in greifbare Nähe gerückt schien. Es ist sogar schließlich zwischen London und Paris zu Abreden gekommen, die bei den Nationalsozialisten allerlei Bedenken erwecken. Aber man hält doch noch an dem Glauben fest, daß sich aus dem verworrenen Spiel ein Nutzen werde ziehen lassen. Kehrt der römische Diktator mit einer starken Einbuße an Ansehen und Kraft aus dem Feldzug zurück, dann wird, selbst wenn er an der Macht bleibt, die Gestaltung des Schicksals im Donauraum nicht mehr seine

größte Sorge sein, und anderseits werden Frankreich und England seiner Mitwirkung beraubt, die Notwendigkeit einer Verständigung mit Deutschland empfinden und bereit sein, für sie einen Preis zu bezahlen. Das ist die Rechnung.

Sie anzustellen, hält sich das Dritte Reich um so mehr für berechtigt, als ihm schon bisher ein angesichts seiner Pflichtverletzung und seiner Ablehnung jeder wirksamen Mitarbeit an der europäischen Friedenssicherung unverständliches Entgegenkommen gezeigt worden ist. Papierenen Protesten sind Handlungen gefolgt, die auf eine Begünstigung der Vertragsbrüche hinausliefen.

Nehmen wir das Londoner Flottenabkommen vom Juli 1935: Im Februar waren Frankreich und England übereingekommen, die Zustimmung zu einer Abänderung der militärischen Klauseln von Versailles von der deutschen Beteiligung an Pakten zur gegenseitigen Unterstützung in Ost- und Zentraleuropa abhängig zu machen. Hitler lehnte die Bedingung ab und führte im März die allgemeine Dienstpflicht ein. Die Konferenz von Stresa und unmittelbar darauf der Völkerbundsrat verurteilten das Vorgehen Deutschlands. Aber das hinderte Großbritannien nicht, sich zwei Monate später mit Berlin über das Verhältnis der beiderseitigen Seerüstungen zu einander zu einigen und damit das vertragswidrige Verhalten des Nazistaates zu sanktionieren.

Als Grund wurde angegeben, daß man den Partner habe hindern wollen, seine maritimen Streitkräfte über ein bestimmtes Maß hinaus zu erhöhen, und außerdem führte man allgemein pazifistische Erwägungen ins Treffen. Aber diese Rechtfertigungsversuche konnten nach dem, was vorausgegangen war, nicht verfangen. England hatte sich über von ihm mitunterzeichnete Abmachungen hinweggesetzt. Es war — noch dazu ohne Frankreich rechtzeitig zu unterrichten — eigene Wege gegangen. Das an sich schon nicht sehr große Vertrauen in den Zusammenschluß der Mächte gegen die von Deutschland drohenden Gefahren war wieder einmal aufs schwerste erschüttert, und das Hitlertum durfte sich der frohen Zuversicht hingeben, sich, wenn nicht die Freundschaft, so doch die wohlwollende und verständnisvolle Neutralität Großbritanniens gesichert zu haben.

Das Verlassen der gemeinsamen Front, dessen sich die »nationale« Regierung Baldwins schuldig gemacht hatte, zog indessen auch noch andere Folgen nach sich. Es bestärkte die französischen Mussolinifreunde in ihrer Haltung gegenüber dem eroberungssüchtigen Faschismus. Gewiß würden sie unter allen Umständen die Partei des Diktators in dem abessinischen Konflikt ergriffen haben, gewiß hätte sich ihre Presse, deren Begeisterung für den »großen Staatsmann« durch reichliche Zuwendungen genährt wurde, auf jeden Fall in den römischen Dienst gestellt. Doch England hatte noch einen so bequemen und willkommenen Vorwand geliefert. Gebot nicht die Rücksicht auf die nationalen Interessen, daß man sich mit dem Nachbarn jenseits der Alpen in gutem Einvernehmen hielt, wenn der jenseits des Kanals die Position Frankreichs durch Sonderabmachungen schwächte?

Diese Politik war kurzsichtig, da sie weder die Ueberheblichkeit und die Halsstarrigkeit des Duce noch die unvermeidlichen Rückwirkungen des Krieges auf die Machtstellung Italiens in Rechnung setzte. Sie war doppelt bedenklich, weil sie den deutschen Spekulationen auf eine Lockerung der französisch-britischen Beziehungen Wasser auf die Mühle führte, aber London konnte sich nicht des Vorwurfs entladen, bis zu einem gewissen Grade zu der unheilvollen Verwirrung der französischen öffentlichen Meinung beigetragen zu haben. Auch wer weit davon entfernt ist, die Winkelzüge Lavals und seiner Anhänger zu verteidigen, wird zugeben müssen, daß ein Teil der Verantwortung für das französische Verhalten namentlich in den ersten Stadien des Streites auf andere Schultern fällt.

Nun wird das britische Kabinett nach der schweren moralischen Niederlage, die ihm der von Laval und Hoare ausgearbeitete Vermittlungsvorschlag eingetragen hat, in der Geltendmachung seines Pazifismus wohl etwas vorsichtiger geworden sein. Auch gegenüber Hitler, der nach dem Vorbild des Flottenvertrages auch ein drittes, zunächst ausschließendes Luftabkommen mit England eingehen möchte und darüber hinaus seine Geneigtheit zu einer Vereinbarung von der Erfüllung seiner kolonialen Wünsche abhängig macht. Dafür aber treten jetzt die französischen Verständigungsbestrebungen, von denen es bis zum Ausbruch des afrikanischen Krieges verhältnismäßig still geworden war, wieder in den Vordergrund.

Laval hat in der großen außenpolitischen Kammerdebatte Ende Dezember mit starkem Nachdruck die Notwendigkeit einer Einigung mit dem östlichen Nachbarn hervorgehoben. Daß sich seine Politik auf dieser Linie bewegt, war seit langem bekannt, und Berlin hat über seinen Annäherungswillen mit der Weisung an die Presse quittiert, dem gegenwärtigen Ministerpräsidenten ein besonders freundliches Gesicht zu zeigen. Es hatte den Eindruck, daß jetzt endlich die Aussicht auf eine Annahme seiner zahlreichen Freundschaftsangebote bestehe.

Der französische Regierungschef beteuert bei jeder Gelegenheit seine Friedensliebe. Wir haben keinen Anlaß, an ihr zu zweifeln und bestreiten nicht, daß in ihr auch sein Wunsch nach einem Einvernehmen mit dem Deutschen Reich wurzelt. Mehr als das: er kann sich in dem Bemühen, seinem Lande die Schrecknisse eines Krieges zu ersparen, auf das Sehnen des Volkes berufen, das heute wie kaum ein anderes in der Welt vor dem Gedanken eines neuen Blutbades zurückschaudert. Aber bei alledem ist es bezeichnend genug, daß Laval die hauptsächlichste Unterstützung bei der nationalistischen Rechten findet, während die Linke, die bürgerliche sowohl wie die sozialistische, kritisch und ablehnend bleibt.

Woher diese Umgruppierung? Die einen wie die andern sehen als möglichen Kontrahenten nicht sowohl das deutsche Volk, sondern seine tyrannischen Beherrscher. Die französischen Konservativen, stark von den faschistischen Ideen des autoritären Staates angekränkelt, bewundern das diktatorische Regierungssystem. In ihrer Abneigung gegen Demokratie und Parlamentarismus möchten sie dem in Rom und in Berlin gegebenen Vorbild nahekommen, und sie glauben, daß ein enges Verhältnis zu den großen diktatorischen Staatswesen auf die Gestaltung der Dinge im eige-

nen Lande einen in ihrem Sinne günstigen Einfluß ausüben werde. Vor allem indessen ist ihnen der im Mai unterzeichnete, bis zur Stunde freilich dank der Verschleppungstaktik Lavals noch nicht durch das Parlament ratifizierte Vertrag mit der Sowjetunion trotz der berühmten Erklärung Stalins zugunsten der französischen Rüstungen in tiefster Seele verhaßt. Ihre Parole lautet: lieber Berlin als Moskau!

Die Linke, in deren Reihen sich manch einer befindet, der noch eine geraume Zeit nach dem Umsturz der Annäherung an Deutschland das Wort redete, nimmt heute so gut wie geschlossen den entgegengesetzten Standpunkt ein. Sie fürchtet die enge Berührung mit dem Faschismus, sie gibt den Abmachungen mit Rußland den Vorzug. Und dabei kann sie sich auch auf Gründe stützen, die außerhalb von Erwägungen innerpolitischer Natur liegen und vielmehr mit der Frage in Zusammenhang stehen, ob eine wirkliche Verständigung mit dem nationalsozialistischen Deutschland überhaupt möglich ist, und ob ihr Schaden für Frankreich nicht weit größer wäre als ihr Nutzen?

Auf welcher Basis sollte sie sich aufbauen? Auf der der Rüstungsbeschränkungen? Der Reichskanzler hat in der schon erwähnten Reichstagsrede versichert, daß er unter keinen Umständen von dem bekanntgegebenen Ausmaß des Aufbaues der deutschen Wehrmacht abgehen werde. Es mag dahingestellt bleiben, in welchem Umfang die bekanntgegebenen Ziffern bereits überschritten sind, jedenfalls ist an ihre Herabsetzung nicht zu denken, gar nicht zu reden von dem gewaltigen technischen Vorsprung Deutschlands, der alle Abmachungen über Mannschaftsstärke usw. im Fall eines Konfliktes illusorisch machen würde.

Weit ausschlaggebender ist jedoch die eigentlich politische Seite der Sache. Wenn wir überzeugt sein müssen, daß das Dritte Reich an seinen ost- und mitteleuropäischen Plänen festhält, dann dienen all seine Annäherungsbestrebungen an Frankreich nur dem Zweck, sich den Rücken im Westen frei zu machen. Da sich die Vernichtung des »Hauptfeindes« einstweilen als unmöglich herausgestellt hat, soll er zunächst neutralisiert und isoliert werden. Etwaige Zweifel an dieser Absicht werden durch die Erklärung behoben, wonach Berlin den Vertrag mit den Sowjets sowohl als auch Vereinbarungen über gegenseitige Hilfeleistung mit England für so wenig vereinbar mit dem Locarnopakt hält, daß sie ihm ein Recht zur Besetzung der entmilitarisierten Rheinlandzone gäben.

Was in einer solchen Situation ein Akkord mit dem deutschen Faschismus den Franzosen an Nutzen bringen könnte, wäre im besten Fall eine vorübergehende Erleichterung ihrer augenblicklichen Sorgen. Dahinter jedoch ständen neue und schwerere Bedrohungen. Frankreich würde von seinen Freunden und Bundesgenossen getrennt werden, und es sähe sich bald vor die Entscheidung gestellt, entweder ruhig zuzusehen, wie das Hakenkreuz seine Macht und seinen Einfluß in Europa beträchtlich erweiterte oder unter weit ungünstiger gewordenen Bedingungen in einen Krieg einzugreifen, an dessen Ausbruch ihre eigene Politik einen großen Teil der Schuld trüge.

Als Laval in der Kammer von den Brücken sprach, die er zu Deutsch-

land hinüber zu schlagen gedenke, und die Linke bei diesen Worten unruhig wurde, hat er schnell hinzugefügt, daß alle Abmachungen sich nur im Rahmen des Völkerbundes vollziehen dürften. Schön und gut, aber welchen Sinn hat dann die direkte Fühlungnahme zwischen Paris und Berlin, die letzten Endes nur geeignet ist, das Prestige des »Führers« zu erhöhen und ihn übermütiger und anspruchsvoller zu machen? Verhandlungen müssen nicht nur im Rahmen des Völkerbundes geführt werden, sondern auch auf seinem Boden, und wenn Hitler diesen Boden nicht wieder betreten will, so stellt er sich damit außerhalb der internationalen Gemeinschaft, die dann ohne ihn und, wenn notwendig, gegen ihn für die Aufrechterhaltung der Ruhe in der Welt zu sorgen hat.

Der bekannte englische Publizist Wickham Stead hat vor kurzem in mehreren Zuschriften an die »Times« mit sehr viel Entschiedenheit die Auffassung vertreten, Staaten, in denen Freiheit und Recht noch keine leeren Begriffe geworden seien, könnten mit der barbarischen Despotie des jetzigen Deutschland nicht in nähere Verbindung treten. Diese Meinung wird von den Regierungen nicht geteilt. Rücksichten der sogenannten Staatsräson stehen ihnen — zum Teil sogar aus verständlichen Gründen — höher als die Ideale des Menschentums. Aber gerade die Staatsräson sollte Kabinette und Nationen zur Erkenntnis ihrer wahren Interessen bringen. Sie liegen in der Schaffung einer Gemeinbürgschaft gegen Friedensstörungen und Friedensbedrohungen. Jeder Versuch, kollektive Sicherheitsgarantien durch Sonderabreden zu ersetzen, ist zum Fehlschlagen verurteilt. Der Friede ist und bleibt ein unteilbares Ganzes, und dieser Satz gilt in erster Linie gegenüber den Diktaturen. Sie sind ihrem Wesen nach eine ständige Kriegsgefahr.

Wohin treibt Polen?

Von **Alexander Schifrin.**

»Es gibt keinen einzigen Polen, der, belehrt durch die Erfahrung, sich nicht Rechnung davon geben würde, daß eine polnisch-deutsche Annäherung, deren Preis die Schwächung der Verteidigungskraft Polens und die Zertrümmerung seines Bündnisses mit Frankreich sein muß, schlimmer als ein politischer Fehler wäre, sie wäre ein Selbstmord«.[1])

Diese Zeilen stammen von keinem Antifaschisten, sie sind vom General Sikorski geschrieben worden, dem ehemaligen polnischen Ministerpräsidenten und Kriegsminister, jenem Heerführer, der im russisch-polnischen Krieg die V. polnische Armee kommandierte und im August 1920 an dem mitentscheidenden Frontabschnitt, nordwärts von Warschau, die Schlacht an der Weichsel gegen die Armeen Tuchatschewskis gewonnen hat. Die Situation, vor der Sikorski warnte, ist inzwischen zu einer vollzogenen Tatsache geworden. Der polnische Faschismus hat aus

[1]) General W. Sikorski: La guerre moderne. Paris 1935. S. 51—52.

der Schlüsselstellung, die Polen in Osteuropa besitzt, Gebrauch gemacht. Ein Land, das eine Schlüsselstellung hat, braucht gar nicht das stärkste Land in einer Koalition zu sein, es ist jenes Land, dessen Uebertritt aus einem Bündnissystem in das andere die Machtverhältnisse entscheidend ändert. Polen, der fünftgrößte Staat des europäischen Kontinents, ist der stärkste Nachbarstaat Deutschlands im Osten und der Sowjet-Union im Westen. Es hat eine Schlüsselstellung vor allem in den deutsch-sowjetrussischen Beziehungen. Polens Bündnis mit dem Dritten Reich hat die Kräfteverhältnisse noch nicht endgültig festgelegt und bestimmt, aber es hat sie unsicher gemacht, es hat Deutschland im Osten eine Angriffschance gegeben. Bei den schwankenden und unsicheren Machtverhältnissen ist die Möglichkeit des Uebergewichts unter der Voraussetzung der Isolierung der Sowjet-Union nach den Berechnungen des deutschen Faschismus nicht ausgeschlossen. Der Uebergang Polens in das Lager des Dritten Reiches muß zu einer Erschütterung der Stellung Frankreichs in Osteuropa und zur Aufrichtung eines mittel-ost-europäischen Blocks gegen die Sowjet-Union führen.

Mit dem Abschluß dieses Bündnisses beginnt die akute Bedrohung Europas durch das Dritte Reich. Der Vertrag zwischen Berlin und Warschau vom Januar 1934 fördert die aggressive Haltung des faschistischen Deutschlands, er wurde durch seinen Austritt aus dem Völkerbund eingeleitet. Seit dieser Zeit erhält Deutschland eine weitgehende Bewegungsfreiheit, deren Möglichkeiten es restlos ausnützt. Die deutsche Aufrüstung wurde unter der Deckung des Bündnisses mit Polen vollzogen und erhielt dadurch erst eine außenpolitische Perspektive. Jetzt konnte das Dritte Reich seine Angriffspläne im Osten ganz systematisch verfolgen, da es nun einen Aufmarschplatz ersten Ranges besaß. Erst die Hilfsstellung Polens ermöglicht Hitler seinen Kampf um das Baltikum. Die aggressiven Vorstöße gegen Litauen, die Versuche, Litauen zu isolieren, die Bildung einer Baltischen Entente zu verhindern, Finnland in einen antisowjetrussischen Block einzubeziehen, hat Warschau in Zusammenarbeit mit Berlin unternommen. Polen soll dem Dritten Reich die Einflußzone von Finnland bis nach dem Balkan erschließen. Den Kampf gegen die Tschechoslowakei und die Kleine Entente hat Deutschland durch sein polnisches Werkzeug geführt. In Bukarest war es der polnische Gesandte Artischewski, der die heftige Kampagne gegen die französisch-russische Orientierung Titulescus angezettelt hat. Es gehört zum Aufbau des deutschen Bündnissystems, daß Polen den Weg nach Ungarn und weiter nach dem Süden sichern soll; die Brücke soll durch den Durchstich der Tschechoslowakei geschlagen werden. So wird das Bündnis mit Polen für den deutschen Faschismus außenpolitisch wie strategisch gleich unentbehrlich, Polen ist der Grundpfeiler seiner Koalitionspolitik.

Die diplomatische Zusammenarbeit von Berlin und Warschau betraf auch die große europäische Politik, sie galt hier in erster Linie der Abwehr der französisch-sowjetrussischen Sicherheitspolitik. Die Unterhöhlung des Ostpaktes wäre ohne die zähe entgegenwirkende Arbeit Polens nie möglich gewesen. Deutschland hat es Polen zu danken, daß dieses

vollkommenste und wirksamste Bollwerk der Sicherheitspolitik Barthous und Litwinows nicht errichtet wurde. Polen selbst hat dagegen kategorisch Einspruch erhoben, es hat durch seinen Druck Lettland und Estland schwankend gemacht, alle prodeutschen Strömungen in Italien und England gegen den Ostpakt mobilisiert, die unentschlossenen Elemente in Paris durch die Vorspiegelung der Reminiszenzen des polnisch-französischen Bündnisses davon abgebracht, auf dem Abschluß des Ostpakts in seiner ursprünglichen, wirksamen und allumfassenden Form zu bestehen. Im Herbst 1935, als Laval in seiner Völkerbundsrede die Verbündeten Frankreichs aufzählte, hat er Polen darunter nicht mehr genannt, aber den polnischen Argumenten gegen den Ostpakt hat er im Frühjahr 1935 Rechnung getragen. So blieben die baltischen Länder in das osteuropäische Sicherheitssystem nicht eingeschlossen; statt der lückenlosen Sicherheitsregelung kam nur der russisch-französische und der russisch-tschechoslowakische Vertrag zustande.

Nichts charakterisiert die Wendung der polnischen Politik besser als ihr Vergleich mit der Evolution der Außenpolitik Italiens. Im Frühjahr 1933 hat sich der neuernannte polnische Gesandte in Rom, Graf Potocki, geweigert, sein Beglaubigungsschreiben zu überreichen, da Polen damals die freundliche Haltung Mussolinis für das junge Dritte Reich als unvereinbar mit der Weiterführung der normalen diplomatischen Beziehungen betrachtete — es war die Zeit der Rom-Reisen Görings und Papens. Als aber im Sommer 1934 Italien nach der Ermordung von Dollfuß drei Divisionen nach dem Brenner warf, reiste Beck im Auftrage Hitlers nach Estland, um die Zustimmung der Baltischen Länder zu dem Ostpakt zu verhindern. Italien ist rasch antirevisionistisch — für wie lange? —, Polen revisionistisch geworden. Beide Wandlungen sind kennzeichnend für die Unberechenbarkeit und die Unstabilität der faschistischen Außenpolitik. Pertinax hat einmal Polen als Italien des Nordens bezeichnet, das heißt als ein Land, das im Nord-Osten Europas die italienische Politik der gewagtesten Kombinationen, der widersprechendsten Verbindungen und der Zweideutigkeiten nach allen Seiten hin wiederholt. Indessen begnügt sich damit das Dritte Reich nicht, es will aus Polen das Japan des Westens machen und es als den Westnachbarn der Sowjet-Union zu einer gewaltsamen Politik gegen die Sowjet-Union veranlassen. Es sieht geopolitisch wie Phantastik aus, aber Polen wird für das Dritte Reich auch zu einer Brücke nach Japan, zu einem Bindeglied mit der antirussischen Politik des japanischen Imperialismus. Das Hitler-Deutschland will eine polnisch-japanische Umklammerung der Sowjet-Union. Eine solche Umklammerung steht übrigens durchaus im Einklang mit den Absichten und der Tradition der polnischen Diktatur selbst: Pilsudski ist bereits seit 1905 Anhänger eines polnisch-japanischen Bündnisses gegen Rußland gewesen, er hat damals Tokio besucht und über die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit verhandelt. Aber auch Hitler selbst hält offenbar einen Angriff Japans auf Rußland für die günstige Gelegenheit, in der Deutschland in Europa den Krieg anfangen könnte. Schon in einem Aufsatz von 1930 warf er der alten Führung des Reiches vor, daß sie 1904,

als Rußland durch Japan geschlagen worden war, nicht Frankreich überfallen hat. Der Wille, Bülows Versäumnis von 1904 nicht mehr zu wiederholen, ist vorhanden, und die Entstehung einer passenden außenpolitischen Situation ist nicht ausgeschlossen.

Das Bündnis mit Polen fördert die Ausdehnung der Angriffsmöglichkeiten, die vom Dritten Reich vorbereitet werden; dieses Bündnis bedingt aber auch die Konzentration seiner aggressiven Politik gegen e i n Objekt: gegen die Sowjet-Union. Durch das Bündnis mit Polen wird die Außenpolitik des Dritten Reiches gegen Osten festgelegt. Dieses Bündnis kann nur gegen die Sowjet-Union ausgewertet werden, gegen den Westen bleibt es aktionsunfähig.

Aber die alten Gegensätze zwischen den neuen Verbündeten bleiben bestehen: Korridor, Danzig, Litauen, Baltikum. Das Dritte Reich kann weder auf den Korridor noch auf Danzig verzichten, da es sie beide schon für den Sprung nach Litauen und dem Baltikum braucht, das nächste Ziel des Bündnisses mit Polen. Litauen ist für Deutschland die natürliche Durchbruchsstrecke gegen den Osten, für Polen der Kern der großpolnischen Expansion und die wichtigste Flankendeckung im Nordosten. Pilsudski soll es im Gespräch mit Göring als polnisches Belgien bezeichnet haben. In einem durchaus offiziellen Vortrag vor dem Londoner Institute of Foreign Affairs, gehalten am 23. Mai 1935, erklärte Dr. Lithauer, der Korrespondent der polnischen Telegraphen-Agentur in London: »Wir betrachten die Territorien der baltischen Staaten als unsere Einflußsphäre, und werden weder Deutschland noch Rußland gestatten, sie zu bedrohen. In gleichem Maße bezieht sich das auf Litauen«.

Für Polen geht es dabei um die staatliche Existenz. Im Grunde genommen kann dieses Bündnis der Diktaturen keine einzige der verwickelten territorialen, ethnischen, politischen Probleme lösen, die der Versailler Vertrag im Osten hinterlassen hat. Der materielle Ausgleich wäre theoretisch nur auf Grund einer gemeinsamen Beute in der Ukraine möglich, aber nur theoretisch. Denn hier erweist sich das Gesetz der faschistischen Koalitionspolitik: die faschistischen Bündnisse beschleunigen den Ausbruch der Explosion und sie tragen in sich selbst den Kern ihrer Zersetzung. Es gehört zu den wichtigsten Ergebnissen des Bündnisses Berlin-Warschau, daß die polnische Westgrenze nicht mehr gesichert ist. Sie war früher doppelt gesichert: durch die Abrüstung Deutschlands und durch die Garantien Frankreichs und des Völkerbunds. Unter der Deckung Polens hat Hitler-Deutschland an den Westgrenzen Polens eine gewaltige Wehrmacht aufgebaut. Zugleich ist auch die andere Garantie gefallen: es ist für Frankreich und den Völkerbund völlig gleichgültig, was innerhalb der Koalition der Angreifer geschieht, wie das Dritte Reich bei einem gemeinsamen Vorstoß gegen den Osten mit Polen fertig wird und es vergewaltigt. In einem Angriffskrieg an der Seite Deutschlands wird sich Polen außerhalb der internationalen Legalität stellen.

Der polnische Faschismus glaubt eine aggressive Politik gegen die Sowjet-Union an der Seite des Dritten Reiches machen zu können, weil er

auf die Unwirksamkeit des russisch-französischen Bündnisses hofft. Dr. Lithauer sagte darüber:

»Ich bin absolut sicher, daß die Herren Litwinow, Woroschilow und Stalin sich keine Illusionen machen über die Möglichkeit, die militärische Unterstützung Frankreichs im Falle eines Konfliktes mit Deutschland zu erhalten. Der Gedanke, Frankreich werde, wenn es von Deutschland nicht angegriffen wird, mobilisieren, um der Sowjetunion zu Hilfe zu kommen, erscheint jedem, der die französischen Verhältnisse auch nur oberflächlich kennt, einfach absurd.«*)

Diese Voraussetzung bedeutet aber für die polnische Außenpolitik ein großes Risiko. Denn, schon am Anfang eines Koalitionskrieges gegen die Sowjet-Union wird der Bestand Polens selbst durch Deutschland bedroht werden. Die Diskrepanz der Kräfte ist in dieser Koalition heute viel größer als im Zweibund Deutschland-Oesterreich, der außenpolitische Gleichschaltungswille Deutschlands ist unvergleichlich stärker. Polen kann erst dann als ein ins Gewicht fallender militärischer Faktor auftreten, wenn Deutschland es mit modernen Waffen versieht und die Reorganisation der polnischen Armee vornimmt. Damit würde aber die Selbstaufgabe der staatlichen Unabhängigkeit beginnen. Es ist für Deutschland nicht allein leichter, den Korridor, Posen usw. zu besetzen, als die Ukraine, sondern diese Besetzung der polnischen Länder bildet auch die Voraussetzung jeder gemeinsamen Expansion dieser »Verbündeten«. Polen muß in die Etappe der deutschen Regimenter verwandelt werden, damit der gemeinsame Kampf gegen die Sowjet-Union beginnen kann.

Aber auch die Sicherheit für die Ostgrenze Polens besteht nicht mehr. Die Sicherheit an der eigenen Westgrenze, das heißt an den Grenzen mit Polen, bedeutete für die Sowjetunion gleichzeitig die Sicherheit gegen jede Aggressivität der Westmächte. Seit 1920, der Unterzeichnung des Rigaer Vertrags, gehen die Bestrebungen der Sowjet-Diplomatie dahin, die sowjetrussisch-polnische Grenze aus einer eventuellen Angriffslinie der Westmächte in eine befestigte Isolierschicht zu verwandeln. Keine Revision konnte für die Sowjet-Union so wertvoll sein, daß sie diesen entscheidenden Grundsatz ihrer Sicherheit in Frage stellte. Deshalb hat die Sowjet-Union keine »blutenden Grenzen« und keine »unerlösten Brüder« gekannt und auf jede Irredenta in der West-Ukraine, Ostgalizien und Polnisch-Weißrußland verzichtet. Die Sowjet-Union hatte Interesse auch daran, die Unabhängigkeit Polens gegenüber den Westmächten und folglich sein Großmachtgefühl zu stärken: sie wollte Polens selbständige Sicherheitspolitik als Deckung für sich selbst verwerten. Noch im Februar 1929 hat der »Temps« Polen vorgeworfen, es sei allzu weit auf dem Wege der Verständigung mit der Sowjet-Union gegangen. Diese Politik der Neutralisierung Polens hat ihren Höhepunkt und ihren Abschluß 1932 mit der Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes erreicht.

Als der Faschismus in Deutschland gesiegt hatte, hatte Polen eine einzigartige Chance erhalten — und verpaßt. Es konnte seine Schlüssel-

*) Foreign Affairs, September-Oktober 1935. S. 669—670.

stellung in Osteuropa restlos ausnützen, es konnte dem Dritten Reich jede Bewegungsfreiheit nehmen, den deutschen Faschismus von Osteuropa abschnüren, der Friedenskoalition ein über jedem Zweifel stehendes Uebergewicht sichern. Polen konnte damals die Sowjet-Union auch positiv in seine Sicherheitspolitik einschalten. Mit dem Anwachsen der deutschfaschistischen Gefahr war die Sowjet-Union sofort bereit, ihre Beziehungen mit Polen bis zu einem defensiven Militärbündnis zu verdichten. Im Sommer 1933 erklärte Radek, wenn Deutschland Polen überfalle, würden die Sowjet-U-Boote Gdynie verteidigen; im Herbst 1933 weilte der Chef der polnischen Kriegsluftflotte Raiski in Moskau; Anfang 1934 erklärte Litwinow öffentlich, gemeinsame Sorgen sollen das Fundament der gemeinsamen Friedenspolitik Polens und der Sowjet-Union bilden. Polen konnte also damals von der Sowjet-Union nicht allein die weitestgehenden Garantien für seine Ostgrenze erhalten, sondern die Sowjet-Union war auch bereit, als Garant der polnischen Westgrenze gegen das Dritte Reich aufzutreten. In einer solchen Lage wäre Polen von Osten wie vom Westen unangreifbar, es könnte damit gegen jede aggressive Handlung Deutschlands auf die vereinigte Hilfe Frankreichs und der Sowjet-Union rechnen, gegen jeden — nur theoretisch möglichen — Uebergriff der Sowjet-Union auf den Schutz Frankreichs, der Kleinen Entente und des Völkerbunds.

Polen konnte die europäische Abwehrfront gegen das Dritte Reich lückenlos machen. Statt dessen ist es zu seinem Ausfallstor gegen Osteuropa geworden.

Polen konnte die Aufrüstung des Dritten Reiches mitverhindern. Statt dessen hat es sie ermöglicht, mit der Aussicht, daß diese vernichtende Macht letzten Endes gegen Polen selbst gerichtet wird.

Polen konnte die starke Sowjet-Armee auf seiner Seite haben, statt dessen hat es sie jetzt gegen sich. Die sowjetrussische Strategie hat schon seit langem die Richtung der eventuellen Offensive an der Westfront für die Süd-West-Strecke der russisch-polnischen Grenze festgesetzt, sie macht sich den umgekehrten Schlieffenschen Satz: »Macht mir den linken Flügel stark!« zu eigen. So lange Polen neutralisiert war, ist dieser Plan nur eine theoretisch-strategische Berechnung gewesen. Mit dem Uebergang Polens in die antisowjetrussische Koalition erhält er für Polen eine bedrohliche Aktualität. Es ist die Richtung, die die Sowjet-Union mit Rumänien und der Tschechoslowakei verbindet, das Gebiet der mißhandelten ukrainischen Minderheit und strategisch der wunde Abschnitt der polnischen Verteidigung. 1920 hat hier die Rote Armee bei ihrer Offensive 500 Kilometer in fünf Wochen zurückgelegt.

Sikorski sieht die gewaltige militärische Macht der beiden Nachbarn Polens. Er hält die Eroberungspläne im Osten für aussichtslos und beschwört sein Land, sich unter keinen Umständen in einen Krieg mit Rußland einzulassen, dessen großes Kriegspotential nach der Durchführung der beiden Fünfjahrespläne er mit voller Absicht stark betont. Die staatliche Kriegswirtschaft ermöglicht der Sowjet-Union in besonderem Maß die industrielle Mobilmachung. Sikorski rechnet mit einer bedeutenden Besserung der Verkehrsverhältnisse. Die Sowjet-Union ist auch dasjenige

europäische Land, das die geringste »Luftempfindlichkeit« hat, das heißt, am wenigsten durch die Luftwaffe des Gegners gefährdet werden kann. Das Vorhandensein einer mächtigen und beweglichen Deckungsarmee, der große Anteil der Elite-Truppen und eine ausgesprochene offensive Strategie geben der Roten Armee eine Aehnlichkeit mit der neuen Wehrmacht Deutschlands.

Sikorski vermeidet es, die polnische Armee offen zu kritisieren, aber er spricht dauernd von den Schwierigkeiten der Länder, die nur über eine schwache Kriegsindustrie verfügen. Diese müßten sehr große Vorräte an Kriegsmaterialien besitzen, da sie im Kriegsfalle mit keiner Massenproduktion rechnen könnten; die Mängel ihrer Ausrüstung machen gleichzeitig die Ausnutzung der Menschenreserven zur Unmöglichkeit.

Die polnische Armee ist auf dem Gebiet der Motorisierung und Mechanisierung weit zurückgeblieben; nach den Berechnungen der russischen militärischen Fachpresse besitzt sie nur ein Drittel der modernen Waffen, die für die Offensive großen Stils notwendig sind.[3])

Vom militärischen Standpunkt vertritt das agrarische Polen mit seiner zurückgebliebenen, technisch schwach ausgerüsteten Armee den Osten, die industrialisierte Sowjet-Union dagegen mit ihrem modern ausgestatteten Heer den Rüstungsstand des Westens.

Es ist nicht allein die Schwäche der Kriegstechnik, die die Verteidigungskraft Polens beeinträchtigt, noch mehr muß die Widerstandskraft des Landes die totale politische Krise gelähmt werden.

Zum zweitenmal macht heute Polen gegen die Sowjet-Union Front, heute in ganz anderer Eigenschaft und in ganz anderer europäischer Situation als 1920. Damals kämpfte Polen als Hüter der Versailler Ordnung. Es wollte damals einen Keil zwischen die deutsche und die russische Revolution schieben, das demokratische Deutschland niederhalten, die Sowjet-Republik zerstückeln. Dieser Krieg war die Tat eines jungen nationalen Imperialismus, der im Inneren auf dem Boden der Demokratie stand und auf eine weitgehende nationale Einheitsfront von den Sozialisten bis zu den rechtsbürgerlichen Nationaldemokraten sich stützen konnte. Dadurch war eine bedeutende innere Widerstandskraft vor allem in der zweiten, der Verteidigungsphase des Krieges, gesichert. Heute tritt Polen in seinem Kampfe gegen die Sowjet-Union als eine revisionistische Macht auf, im Dienste des deutschen Imperialismus, zugleich gegen den Osten und gegen den Westen, gegen die Sowjet-Union und gegen Frankreich, gegen die russische Revolution und gegen die größte Demokratie Kontinental-Europas. In diesem Kampfe muß Polen die selbständige nationale Politik aufgeben, nach außen gerät es in die Vasallen-Abhängigkeit von dem Dritten Reich, im Innern hat es die Demokratie verloren. Die herrschende Nation wird durch eine tiefe Krise aufgewühlt, sie selbst ist zu einem Objekt der Diktatur geworden.

---

[3]) Auch französische Quellen bestätigen ihre technische Rückständigkeit, den Mangel an Motorisierung und modernem Kriegsmaterial überhaupt. Siehe das Sonderheft der Pariser »Documents« vom November 1935 über die europäischen Rüstungen mit einem Vorwort von General Weygand.

Polen ist heute das unstabilste Glied der europäischen Gegenrevolution und der deutschen Koalition. Eine schwache und unvollendete Demokratie ist in Polen durch einen schwachen und unvollendeten Faschismus abgelöst worden, der noch weniger als die von ihm erwürgte Republik imstande ist, die großen Lebensfragen des Landes, die Agrarfrage und die Nationalitätenfrage zu lösen, der dazu noch das Land außenpolitisch an den Rand des Abgrundes gebracht hat. Der polnische Faschismus ist ein Faschismus selbst ohne einen falschen Glanz und ohne Konsequenz, ein Faschismus ohne zentralisierte Parteiorganisation, ohne Ideologie und heute auch ohne einen Führer.

Die außenpolitische Krise beginnt bereits jetzt auf die polnische Diktatur zersetzend zu wirken. Die vernichtende Kritik Sikorskis an der Außenpolitik Becks ist nicht allein nationalpolitisch begründet, sie entspricht auch den militärischen Notwendigkeiten Polens. Seine Auffassung wird auch von manchen Generalen des Pilsudski-Lagers geteilt. Man nennt unter ihnen auch den neuen Chef der polnischen Armee, Rudz-Snygli. Die führenden Militärs schätzen die Lage Polens im Kriegsfalle viel realistischer ein, als die Hasardeure aus dem Lager der politischen Obersten, und so entsteht jener Kampf zwischen den Generalen und den Obersten, der in erster Linie um die außenpolitische Orientierung geführt wird. Dieser Kampf kann indessen das Regime innenpolitisch gefährden, er kann sich zum Kampfe um die Armee erweitern und diese politisch spalten. Die Opposition der Generale kann, wenn sie zur vorherrschenden Stimmung in der Armee wird, das polnische Heer für Hitler bündnisunfähig machen. Eine gefährliche Perspektive für eine Minderheitsdiktatur, die sowieso schon eine bürgerliche Opposition von rechts und von links gegen sich hat, von der proletarischen gar nicht zu sprechen. Von dem Erfolg dieser Opposition der Generale hängt es ab, ob die Diktatur in Polen durch einen außenpolitischen Kurswechsel noch eine Pause erhalten kann. Kann der Degen diese Wandlung noch durchsetzen? Irgendeine Chance der Stabilisierung kann das bürgerliche Polen nur bei Loslösung vom Dritten Reich erhalten, wenn es den von Sikorski empfohlenen Weg befolgt: Anlehnung an Frankreich, Zusammenarbeit mit Rumänien und der Tschechoslowakei, loyales Verhalten gegenüber der Sowjet-Union.

Polen steht heute vor der Wahl: vierte Teilung oder zweite Befreiung. Der Kampf um die Freiheit muß deshalb zu einer nationalen Rebellion werden, aber die nationale Befreiung kann in Polen nur in der Form einer demokratischen Revolution erkämpft werden. Im Kampfe für die Freiheit im Innern muß die polnische Linke auch gegen das Dritte Reich auftreten, im Kampfe für die nationale Unabhängigkeit auch gegen die eigene polnische Gegenrevolution. In dieser Situation kann der Kampf der polnischen Arbeiterschaft gegen die soziale Herrschaft und den nationalen Verrat der polnischen Bourgeoisie, der Kampf der nationalen slawischen Minderheiten gegen die großpolnische Diktatur auch durch die nationale Erhebung des polnischen Volkes gegen die sichtbaren oder unsichtbaren deutschen Okkupanten und deren polnische Helfershelfer ergänzt werden.

Eine Situation ist möglich, bei der es Pflicht des internationalen So-

zialismus sein wird, die nationale Sache der Demokratie Polens gegen die deutschen und polnischen Faschisten in Schutz zu nehmen: Wie vor 75 Jahren kann die Sache der polnischen Revolution zur eigenen Sache der Internationale werden. Wenn der polnische Faschismus dann es wagen sollte, dem deutschen Faschismus bei seiner europäischen Brandstiftung zu helfen, werden die Arbeiterklasse Polens, die Massen der polnischen Demokratie und die slawischen Minderheiten Polens an der Seite der westeuropäischen Demokratie und der Sowjet-Union stehen. Die polnische Demokratie ist vor anderthalb Jahrzehnten innerlich tödlich getroffen worden, als ihr die Aufgabe aufgezwungen wurde, die deutsche Revolution von der russischen Revolution zu trennen. Die polnische Demokratie wird zu ihrer Auferstehung und zur Erfüllung ihrer großen europäischen Sendung gelangen, wenn sie in Zukunft die Brücke zwischen der deutschen Revolution und der Sowjet-Union schlagen wird.

Faschistisches Oesterreich

Von Hans Seitner.

I.

»Sechsmal hat die faschistische Konterrevolution zum Schlage gegen die österreichische Sozialdemokratie, die mächtige Trägerin des politischen Willens der einigen österreichischen Arbeiterklasse, ausgeholt. Sechsmal hat sie sich dem Angriff der Konterrevolution gestellt und ihn zurückgeschlagen«, um dem siebenten Angriff zu erliegen. Mit dem 15. Juli 1927, dem Tage des Justizpalastbrandes in Wien, läßt Pertinax[1]) die »Tragödie der österreichischen Arbeiterklasse« beginnen. Nun ist es keineswegs so, daß der historische Ablauf politischer Entwicklung mit einem bestimmten Tag beginnt; solche Tage oder Ereignisse sind vielmehr der Ausdruck bereits vollzogener Umgestaltungen im Verhältnis der Klassen zueinander.

Dieses Denken in umgrenzten Zeitterminen, wie es in Pertinax' Darstellung der österreichischen Konterrevolution zum Ausdruck kommt, entspricht durchaus dem Wesen des Austromarxismus, der, um Klarheit der Anschauungen in den eigenen Reihen ringend, dazu neigte, der Bewegung Termine zu stecken, ebenso wie seine Politik, auf einem scharf abgegrenzten Programm beruhend, die fest umrissener Bedingungen war, was den Gegnern erlaubte, den Druck gerade gegen die empfindlichsten und als solche bezeichneten Punkte der Tagespolitik der Partei zu richten. Solcherart gelang es gerade der Politik Seipels jedes Nachgeben und Ausweichen der Partei zu einem offenen Zurückweichen zu gestalten und in den Augen der sozialdemokratischen Massen zur Niederlage zu stempeln. Seinen Ausdruck fand dieses Denken in Terminen und Bedingungen schon zur Zeit des Ausscheidens der Partei aus der Regierung nach den Wahlen

[1]) Pertinax: Oesterreich 1934. Die Geschichte einer Konterrevolution. Europa-Verlag, Zürich 1935, 309 Seiten.

des Jahres 1920, bei denen es ihr nicht gelang zur stärksten Partei des Parlaments zu werden. Damals wurde eine Wiederbeteiligung an der Regierung im Bewußtsein der Parteigenossen, aber auch in dem der Gegner, an den Termin und die Bedingung der Erringung der absoluten Mehrheit im Nationalrat geknüpft. Es fand seinen letzten tragischen Ausdruck in dem Beschluß des Parteitages vom Jahre 1933, der den bewaffneten Widerstand der Arbeiterschaft gegen die Konterrevolution an Bedingungen und Voraussetzungen knüpfte, die es dieser ermöglichten, den Zeitpunkt selbst festzusetzen, an dem sie den Kampf gegen das Proletariat provozieren wollte und der Sozialdemokratie das Gesetz des Handelns zu diktieren. Dieses ständige, fast schematische Festhalten an Zeitpunkten und Bedingungen war es, was die Politik der Partei schließlich auch in den Augen ihrer Mitglieder zur Politik der versäumten Termine stempelte, was Zweifel an dem wirklichen Abwehrwillen der Führung und der Abwehrfähigkeit der Massen erweckte und das Schicksal der Partei davon abhängig machte, ob es den »linken« Reaktionären noch gelänge, ihre »rechten« Parteifreunde, und durch diese den Heimwehrfaschismus zu bändigen.

Pertinax, selbst länger als ein Jahrzehnt in der unmittelbaren Nähe der engsten Parteiführung arbeitend, spricht in seinem Buche, das eine ausgezeichnete Chronologie der politischen Ereignisse in Oesterreich seit 1927 ist, nur sehr verhalten über diesen entscheidenden Charakterzug der österreichischen Sozialdemokratie, der ihrer Politik viel an Beweglichkeit nahm, der ihr vor allem aber nach außenhin den Stempel einer — nicht gewollten und bei den führenden Männern nicht vorhandenen — Starrheit aufdrückte. Eine feine Zergliederung der sozialen Kräfte, die, sowohl im Lager der Klassengegner der österreichischen Arbeiterschaft, wie in deren Reihen selbst, als Folge der seit dem Kriegsende nahezu ununterbrochen andauernden Wirtschaftskrise des Landes wirksam wurden, läßt Pertinax' Darstellung für alle Sozialisten der Länder, die sich heute der Demokratie erfreuen, des Lesens und Nachdenkens wert erscheinen.

Krisenzeiten lähmen die Aktionsfähigkeit des Proletariats nicht nur durch den ökonomischen Druck, der auf ihm als Gesamtheit lastet; sie führen auch zu einer das Klassengefüge erschütternden sozialen Aufspaltung des Proletariats selbst. In den Reihen der Arbeiterorganisationen entsteht bei lang andauernder Krise — abgesehen von der zahlenmäßigen Schwächung durch das Versinken der Arbeitslosen in die Unorganisiertheit — ein Aufklaffen sozial bedingter Gegensätze zwischen Arbeitslosen und Beschäftigten, zwischen Festangestellten und denen, die täglich von der Kündigung und dem Verlust des Arbeitsplatzes bedroht sind, zwischen den besoldeten Angestellten der Arbeiterbewegung und den arbeitslosen Mitgliedern, ja auch Funktionären.

Die österreichische Sozialdemokratie hat dieser schier unabwendbaren sozialen Aufspaltung des Proletariats und der damit verbundenen Schwächung der Massenkampfkraft durch gut fundierte Arbeitsbeschaffungsprogramme, durch Aufklärung, durch Hilfsaktionen innerhalb der Partei beizukommen versucht. Sie hat ihr aber eine andere, aus der machtpoliti-

schen Situation der Partei hervorgegangene Aufspaltung der Bewegung angefügt: die Teilung der Partei in die zahlenmäßig begrenzten Schutzbundformationen und in die Masse der Parteizivilisten. Dies erlaubte der Masse, dem Entscheidungskampf um ihr eigenes Schicksal fernzubleiben, ihn nahezu ausschließlich den Waffenträgern der Partei, dem Schutzbund, zu überlassen, dessen Kampf sie gewiß mit heißesten Siegeswünschen begleitete, in den aktiv einzugreifen, sie aber vermied. Der auf die bewaffnete Exekutive des Staates gestützte Faschismus hatte in den Februartagen nicht gegen den zähen Widerstand der Millionenmasse der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsmitglieder zu kämpfen, sondern bloß gegen die zwar heldenmütig ringenden, aber unzulänglich ausgerüsteten Schutzbündler.

Pertinax bezeichnet die Zweiteilung der Partei, in den Schutzbund und die große Massenorganisation, als den vielleicht unbewußten Versuch, das revolutionäre Element eines Vortrupps mit dem auf ruhiger Reformarbeit eingestellten Element einer demokratischen Massenbewegung zu vereinigen, einen Versuch, den er für eines der wichtigsten Merkmale der austromarxistischen Politik hält. Er stellt fest, daß der revolutionäre Vortrupp allein geblieben ist, als es in den Kampf ging, dem die gefühlsmäßig enge mit ihm verbundenen Massen nicht nachfolgten. So sehen wir den Autor, auf der Suche nach einer theoretischen Begründung für die, aus einer technischen Gegebenheit — der relativ geringen Zahl an verfügbaren militärischen Waffen, — entstandene Teilung des Proletariats in militärisch ausgerüstete Formationen und nicht ausgerüstete Massen, nachträglich eine weitere Aufspaltung der Bewegung in »revolutionäre Vortrupps« und die »reformistische Masse« vornehmen! Wer die Schutzbündler kannte, weiß, daß sie nicht mehr und nicht weniger revolutionär waren als die Masse; sie hatten vor dieser nur ein stärkeres Kraftgefühl voraus, dank ihrer Zusammenfassung in militärisch gegliederten Formationen und des Besitzes von Feuerwaffen. Selbst dieses hatte aber, wie das Auslassen vieler Formationen in den Kampftagen beweist, von dem Augenblick der Abdrängung des Schutzbundes in die Illegalität im Jahre 1933, die ein militärisch geschlossenes Auftreten verbot, erheblich gelitten. Die Schutzbündler, als Träger der Feuerwaffen, waren gewiß kampfbereiter als die Masse, der diese fehlten, deren ökonomische Kampfkraft überdies in dem Jahrzehnt der Krise gewaltig reduziert wurde. Wenn aber in den Februartagen in einer Familie der Vater zu den Waffen eilte und im Kampfe stand, indessen sein Sohn zur Stempelstelle ging, wäre es falsch, den Vater für revolutionärer zu halten als den Sohn. Nein, die Tatsachen liegen viel unkomplizierter: der Sohn war eben nicht Mitglied des Schutzbundes! Die Aufspaltung der Partei in militärische Kombattanten und in Nichtkombattanten war für das Schicksal des Proletariats in Oesterreich viel entscheidender, als die Feinheiten eines etwaigen Unterschiedes in der Geisteshaltung einer revolutionären Vorhut und einer wegen ihres Versagens reformistisch gescholtenen Masse.

Wer die Ursachen der Niederlage des österreichischen Proletariats, soweit sie an ihm und seiner Führung liegen, und nicht durch die politische

Entwicklung des übrigen Mitteleuropas bedingt sind, erforschen will, wird kaum mit dem 15. Juli 1927 beginnen dürfen. Er wird wohl bereits auf das Jahr 1920 zurückgreifen müssen, in dem sich die Partei, durch ihren Austritt aus der Regierung, der Möglichkeit begab, das Bürger- und Bauerntum Oesterreichs — und sei es mit revolutionären Mitteln — zur Demokratie zu zwingen. Er wird am Ende das Versagen der Massen nicht mit deren Reformismus begründen dürfen, sondern zu untersuchen haben, ob die Zuflucht zu den militärischen Waffen, bei ungenügender ökonomischer Widerstandsfähigkeit des Proletariats, überhaupt noch als Ausweg der Politik dienen konnte.

II.

Franz Winkler, Führer des vorwiegend aus national gesinnten Bauern, dann aber auch aus dem intransigentesten Teil der Hausbesitzer und einem Teil der auf dem flachen Lande tätigen Bürokratie gebildeten Landbundes, war seit 1927 wiederholt in den in Oesterreich aufeinanderfolgenden Bürgerblockregierungen Vizekanzler und Innenminister; als dieser war er der Chef der österreichischen Polizei und Gendarmerie.[2]) Wer aber aus seiner sehr kurz gehaltenen Darstellung der Vorgeschichte der offenen faschistischen Diktatur in Oesterreich mehr erfahren will, als ohnedies in der Presse mitgeteilt war, wird enttäuscht sein. Es ist keineswegs Bescheidenheit, die Winkler über seine eigene Rolle in den verschiedenen Regierungen schweigen läßt; dieses Schweigen ist vielmehr ein beredtes Bekenntnis der Mitschuld an der faschistischen Entwicklung Oesterreichs. Gerade der Landbund mit seinem Vizekanzler war es, der den Klerikofaschisten, nach ihrer Wahlniederlage von 1930, überhaupt ermöglichte, weiter an der Regierung zu bleiben und das Land völlig der Konterrevolution auszuliefern. Winkler und sein Landbund blieben mit den Christlichsozialen und den Heimwehrfaschisten sogar dann in der Regierungskoalition, als sein Partner im Bürgerblock, die Großdeutschen — mit denen er gemeinsam im sogenannten »Schoberblock« in die Wahlen gegangen war — in die Opposition trat. Um kleiner agrarpolitischer Vorteile willen, half Winkler dem Faschismus in Oesterreich in den Sattel. Mitunter mochte dem Vizekanzler wohl vor der Entwicklung der Dinge das Grauen ankommen, aus welchem Grunde er bestrebt war, gewisse Verbindungen zur Sozialdemokratie, vor allem zum Führer des Schutzbundes, Dr. Deutsch, zu unterhalten, über die er sich allerdings in seinem Buche hinwegschweigt. Dies konnte an der fortschreitenden Faschisierung des öffentlichen Lebens, zumal nach der Machtergreifung Hitlers im Reiche, nichts ändern, war für die Sozialdemokratie gewiß manchmal von augenblicklichem Nutzen, mag aber andererseits deren Entschlußfähigkeit gehemmt haben, solange noch eine derartige unterirdische Beziehung zu einem Mitgliede der Regierung bestand.

Etwas aufgeschlossener ist der Autor bei der Darstellung der unter-

---

[2]) Franz Winkler, Vizekanzler a. D.: Die Diktatur in Oesterreich. Orell-Füßli-Verlag. Zürich, 1935. 244 Seiten.

schiedlichen Versuche, der Heimwehren sowohl, als auch seiner eigenen Parteigenossen, mit den deutschen Nationalsozialisten zu einem Abkommen zu gelangen und hiebei den Christlichsozialen, die durch Dollfuß Besprechungen mit Habicht führten und diesem zwei Ministerposten anboten, den Rang abzulaufen. Wie überhaupt das Hineinschlittern Oesterreichs in den Faschismus enge verknüpft, ja geradezu bedingt war, durch das Feilschen um Ministerstellen und durch die ständigen Versuche, einander hiebei, im Bunde mit dem außenstehenden Nationalsozialismus, zu übertölpeln. Dollfuß und Schuschnigg, der heutige Bundeskanzler, der abgesägte Fey und Starhemberg, heute Führer der »Vaterländischen Front« eines »unabhängigen« Oesterreich, Winkler und Schumy, die national betonten Bauernführer, kurz, die prominentesten Regierungsmitglieder aller bürgerlichen und faschistischen Richtungen waren, bis zur Stunde der Niederwerfung der österreichischen Arbeiterschaft am 12. Februar, stündlich bereit, die Bettgemeinschaft mit dem Hakenkreuzfaschismus einzugehen.

Dem Vizekanzler Winkler blieb schließlich der einfache, unverblümte Hinauswurf aus der Regierung durch Dollfuß nicht erspart. Sein Nachfolger als Vizekanzler wurde der Heimwehrführer Fey. Aber selbst der im Namen des »autoritären Kurses« vollzogene Hinauswurf Winklers und des Landbundes aus der Regierung hinderte ihn und seine Partei nicht, durch ein Hintertürchen, mit Vertretern der von Winkler inzwischen gegründeten »nationalständischen Front«, unter Inkaufnahme völliger Einflußlosigkeit, wieder in die Regierung zu schlüpfen und so Dollfuß die Einstimmenmehrheit im Parlament zu retten, den Faschismus davor zu bewahren, auf demokratischem Wege durch das Parlament entmachtet zu werden!

Dollfuß verstand es, die, als Vertreter der nationalständischen Front getarnten, Landbündler, zum Dank für ihre Schützenhilfe, ausgiebig zu prellen. Auf eine Beschwerde Winklers wegen dieses Verhaltens, scheute sich Dollfuß bereits im Oktober 1933 nicht, diesem, neben der Absicht, die Monopolstellung der Heimwehren zu brechen — mit welchem Erfolg lehrte die spätere Entwicklung bis zur Gegenwart! — auch die Zollunion Oesterreichs mit Italien als Druckmittel gegen Deutschland und die Wiederherstellung der Habsburgermonarchie anzukündigen. Die Nationalständische Front, d. h. die Landbündler, gaben zwar vor, antihabsburgisch und reichsfreundlich gesinnt zu sein, sie blieben aber weiter in der Regierung und ihre Vertreter haben an der Niederwerfung der Arbeiterschaft Oesterreichs nicht wegzuleugnende Mitschuld.

Winkler spricht selbst das Urteil über seine und seiner Partei Politik, die dem Faschismus die Mauer machte, gegen den die Arbeiter Oesterreichs das Recht und die Freiheit mit ihrem Blute verteidigten, wenn er über den 12. Februar schreibt:

»Der rote Aufstand war eine in der Geschichte einzig dastehende revolutionäre Handlung. Denn: Rebellen, Revolutionäre gehen auf die Barrikaden

mit dem Einsatz ihres Lebens, um bestehende Verfassungen zu stürzen und bestehende Verhältnisse zu ändern. Die Schutzbundrebellen vom 12. Februar 1934 standen aber auf den Barrikaden zur Verteidigung der in Geltung stehenden Verfassung.«

Der kurzen Skizzierung der Tragödie des Februar läßt Winkler eine breitausgemalte Schilderung des Satyrspieles folgen, das zu dem schmählichen Ende der bürgerlichen Parteien, einschließlich der Christlichsozialen, zur Oktroyierung der »ständischen« Verfassung und schließlich zum Juliputsch der Nationalsozialisten gegen die regierenden Februarputschisten führte. So offen der Verfasser seine Sympathien für die Nationalsozialisten bekennt, so sehr schweigt er sich über die Rolle aus, die er selbst in dieser Affäre spielte; untergeordnet dürfte sie kaum gewesen sein, denn seine Emigration erfolgte im Zusammenhang mit dem Ballhausputsch.

Wenn Winkler aus seiner gewiß intimen Kenntnis der Vorgänge im Regierungslager, weiterhin aus unzweifelhaft ausgezeichneten Verbindungen und Informationen, zu Beginn dieses Jahres den Schluß zieht, daß der Abnützungsprozeß des faschistischen Regimes in Oesterreich in vollem Gange ist, so können wir ihm aus unserer Kenntnis der Dinge nur zustimmen. Die letzte Regierungsumbildung in Oesterreich, der vor allem der einst bedeutendste Heimwehrführer, Major Fey, zum Opfer fiel, unterstreicht dies.

III.

Das im Vorjahr der Völkerbundversammlung vorgelegte »Schwarzbuch der österreichischen Diktatur« hat, anläßlich der ersten Wiederkehr des Jahrestages des Amtsantrittes der Regierung Schuschnigg, seine erschütternde Fortsetzung gefunden. Die »Dokumente einer Diktatur«[3]) bringen empörende Tatsachen über das Wüten des Austrofaschismus gegen die sozialistischen und kommunistischen Arbeiter seines Landes. Sir Walter Citrine, der die Dokumentensammlung mit einem Vorwort einleitet, bürgt für die Echtheit jeder einzelnen Mitteilung und erhebt gegen die Regierung Schuschnigg die Anklage vor dem Gerichtshof der Welt. Die österreichische Regierung selbst durfte nicht den leisesten Versuch machen, auch nur eine der sie anklagenden Tatsachen abzuleugnen oder auch nur abzuschwächen; sie beschränkt sich darauf, sich mit drakonischen Strafen an denen zu rächen, die es in Oesterreich wagen, über diese »Dokumente einer Diktatur« zu flüstern oder sie gar zu verbreiten.

Gesetze, Regierungsverordnungen, Erlässe der »Vaterländischen Front« beweisen, wie alle Rechtssicherheit für die Arbeiter und Angestellten in Oesterreich, dessen Faschismus im Auslande nur allzu gerne als das »kleinere Uebel«, gemessen am Hitlerfaschismus, angesehen wird,

---

[3]) Ein Jahr Schuschnigg. Dokumente einer Diktatur. Mit Vorwort von Sir Walter Citrine. Verlag: Maison d'Edition l'Eglantine, Brüssel 1935. 64 Seiten.

zerstört wurde. Mit Recht kann daher Sir Walter Citrine feststellen: »Der österreichische Faschismus hat eine besondere Form. Seine Macht liegt nicht in den Händen wilder Terroristenhorden, sondern wird unter dem Deckmantel der Vorschriften von despotischen und willkürlichen Behörden ausgeübt. Dennoch bedeutet er, daß eine rücksichtslose Diktatur einem ganzen Volke Unbill zufügt und das Recht verweigert.«

BUCHBESPRECHUNGEN

Rudolf Olden: Hitler. Querido-Verlag 1935, Amsterdam.

Fast zur gleichen Zeit mit Heidens Buch ist Oldens Biographie erschienen. Wie Heiden seine vorherigen Werke über die Geschichte der NSDAP., setzt Olden sein Hindenburg-Buch fort. Die Verschiedenheit der Ausgangspunkte ist nicht zufällig: Für Heiden ist Hitler in erster Linie Exponent eines neuen, eigenartigen Gebildes, der faschistischen Massenpartei — für Olden Nachfolger und Diener der alten Mächte, die Preußen-Deutschland von jeher beherrschten: der Dreieinigkeit von Junkertum, Schwerindustrie und Armee.

Die Einzelheiten bringen wenig Neues; die Darstellung ist klar, lebendig, von Leidenschaft getragen. Man sieht sofort, für wen Olden schreibt, wessen Urteil er Form gibt: Für die bürgerlich-intellektuelle Emigration und für das gebildete Bürgertum Westeuropas und Amerikas, für die Liberalen aller Nationen und Parteien.

Der Liberale kritisiert den Faschismus im Namen der fortschrittlichen Vergangenheit der Bourgeoisie, deren Ideen er zugleich als ewig setzt. So kann er die Zeichen der neuen Epoche nicht verstehen, die das faschistische System trotz seiner reaktionären Tendenz enthält, sondern muß es lediglich als Rückfall in die vorbürgerliche Vergangenheit, in mittelalterlich-feudale Barbarei deuten. Das Staunen dessen, der die Welt nicht mehr versteht, ersetzt in Oldens Buch die geschichtliche Erklärung. Diese Betrachtungsweise ist uns nicht neu: was Olden vorsichtig, klar, fundiert vorträgt, haben wir in der Emigrantenpublizistik oftmals plump, vag und unfundiert gelesen: daß Hitlers Sieg der Sieg des ewigen Preußentums, des Geistes von Potsdam, des Kommisstiefels sei, daß heute durch ihn dieselben Mächte herrschen, die schon unter Wilhelm regierten und später, als heimliche Kaiser, still die Republik ruinierten. Auch der sozialistischen Literatur ist dieser liberale Gedanke nicht fremd: in der Formel von der »Konterrevolution« und dem Schlagwort vom »Gefangenen der Reichswehr« hat er seine prägnantesten Ausdrücke gefunden.

Trotzdem sieht der liberale Olden das Faktum der Klassenherrschaft den ökonomischen Inhalt der Diktatur schärfer als der Sozialist Heiden. Doch erblickt er die Klassenherrschaft nur in den Institutionen, die der Unvollkommenheit der bürgerlich-demokratischen Revolution in Deutschland entspringen: in den Privilegien von Junkertum und Armee, in der Vormacht des Rüstungskapitals. Die Gesamtheit der herrschenden Klasse wird nicht sichtbar: weder das Bankkapital, noch der Chemietrust treten in Oldens Darstellung auf, obwohl sie die Politik der ersten Republik entscheidend beeinflußt haben, so daß man kaum versteht, gegen welche Gegner die »heimlichen Kaiser« den Emporkömmling zu Hilfe rufen. Olden selbst sagt, daß nicht die Gefahr der Revolution bestand, die Gegensätze aber dennoch einer Diktatur zutrieben, die nicht ohne und gegen Hitler errichtet werden konnte; aber welche Gegensätze? Er schildert Schleichers Kokettieren mit den Arbeiterorganisationen, seine Attacke auf die Osthilfe; aber was ist ihr Hintergrund? Die Junker und Kapitalisten hatten, so konstatiert er, im entscheidenden Moment zu dem Abenteurer Hitler mehr Vertrauen als zu ihrem Standesgenossen Schleicher; aber weshalb? Dieser Historiker

schreibt nichts davon, daß die IG-Farben die Wirtschaftsminister der drei letzten vorhitlerschen Kabinette stellte. Er erwähnt nicht, daß in ihre Hand schon unter Brüning ein entscheidendes Aktienpaket des Stahltrusts geriet. Er zeigt die alten Mächte ohne Gegenspieler, die materielle Basis Hitlers ohne die seiner Gegner. Er will nicht sehen, daß es in Deutschland nicht nur eine reaktionäre, privilegierte Gruppe der herrschenden Klasse gibt, sondern auch eine moderne, »zivilisierte«; er würde den Klassencharakter einer von feudalen Resten gereinigten parlamentarischen Demokratie leugnen.

Auch sonst fehlen die Gegenspieler, und das liegt an der eigentümlichen Art, wie »die Masse« bei Olden auftritt: lediglich als Objekt der Agitation. Er sieht in ihr keine spontanen, durch gesellschaftliche Veränderungen bedingten Prozesse, er sieht nur das Machbare. Hitler appelliert an »die Masseninstinkte«, an Feigheit und Brutalität, und damit siegt er. Christentum und Sozialismus dagegen appellieren an die Humanität. Es ist ein ewiger, geschichtsloser Kampf zweier Ideen, in dem siegt, wer die besseren Propagandamethoden verwendet und außer dem nötigen Kleingeld auch den Volkscharakter auf seiner Seite hat. Was diese Massen erleben, wie ihr Schicksal ihre Vorstellungen formt, wie es ihnen neue Ideen eingibt, denen der Führer sich anpassen muß, um siegen zu können — von all dem weiß Olden nichts.

Es ist nicht Hitler als Typus einer Epoche, nicht Hitler als Exponent einer Bewegung, nicht Hitler als Endpunkt der Demokratie, den Olden schildert. Es ist Hitler als letzte Konsequenz des deutschen Sonderzustandes der unvollendeten Demokratie, der Verselbständigung der Militärgewalt, der ungebrochenen Macht der Konterrevolution. Er ist gewiß auch das, und ohne das nicht voll zu verstehen. Aber was er mehr, was er Neues, was er für die Welt bedeutet, das hat Olden nicht gesehen.

Die Gefahr des Faschismus bedroht alle Demokratien, die auf einer gewissen Entwicklungsstufe der Klassengegensätze angelangt sind. Sie ist größer in Ländern, wo reaktionäre Zusatzfaktoren wirken, doch nicht auf diese Länder beschränkt. Wer den westeuropäischen Lesern Hitler aus der Sonderart der deutschen Entwicklung und nur aus ihr erklärt, mag sie gegen Deutschland mobilisieren — gegen die Gefahr im eigenen Land wird er sie verblenden. Mutato nomine de te fabula narratur*) — daß der ausländische Leser dies bei Oldens Buch nirgends empfinden kann, ist sein entscheidender Mangel.

Paul Sering.

Eitel Wolf Dobert: Europa, stirb und werde! Tagebuchblätter über Faschismus und Nationalsozialismus. Polygraphischer Verlag AG, Zürich. 95 S., Preis 3 Schw. Fr.

Der Verfasser ist ein früherer militanter Nationalsozialist, der nach der Machtergreifung Hitlers Deutschland verließ und durch das Studium des italienischen Faschismus zur Klarheit zu gelangen suchte. Die Eindrücke, die er in Italien gewann, bestärkten ihn in seiner Ablehnung des Faschismus und Nationalsozialimus. Er lehnt den Faschismus als Theorie der geistigen und materiellen Armut, als Politik der Gewalt, des Chaos und des Abenteuers ab. Seine deutsche Kopie, den Nationalsozialismus, verurteilt er als Produkt der Geistlosigkeit, des Eigendünkels, der Herrschsucht und der ewigen Minderwertigkeitskomplexe der führenden Schichten des deutschen Volkes. Die Demokratie ist ihm trotz ihrer Schwächen und Unzulänglichkeiten die einzig denkbare Gesellschaftsform, die allerdings geistig gefestigter, aktionsfähiger und abwehrbereiter sein müsse als in der Periode der Weimarer Republik.

A. Stein.

Waldemar Gurian: Der Kampf um die Kirche im Dritten Reich. Vita-Nova-Verlag, Luzern 1936, 120 S. Preis 3.25 Schw. Fr.

Der Vorzug der Schrift Gurians ist die Herausarbeitung der kirchenpolitischen Ziele Hitlers und die Zerstörung aller Illusionen, die in kirchlichen Kreisen gehegt werden.

Gurian stellt fest, daß nicht das

---

*) Es ist deine Geschichte unter anderem Namen, die erzählt wird.

Neuheidentum irgend welcher radikaler Sekten, sondern **Hitler selbst** der eigentliche Feind des Christentums aller Konfessionen ist. Sein Ziel ist die Schaffung einer »Dritten Kirche«, die auf der »Weltanschauung« des Nationalsozialismus basiert und deren Haupt er, Hitler, sein soll. Diesem Ziele ist seine ganze Taktik im Kirchenkampfe untergeordnet. Ihr wirklicher Charakter tritt nur deshalb nicht klar erkennbar zutage, weil Hitler einen Frontalangriff gegen die Kirche scheut und es deshalb vorzieht, seine eigentlichen Ziele zu tarnen und die Kirchen der einzelnen Konfessionen von innen heraus zu zersetzen und zu zerstören.

Der Verfasser schildert im einzelnen, wie sich dieser Prozeß sowohl in der evangelischen wie in der katholischen Kirche vollzieht und welche Gegenbewegungen die Zersetzungs- und Verfolgungswelle heraufbeschworen hat. Das Material, das hier geboten wird, ist erschütternd. Es zeigt nicht nur die Brutalität und Skrupellosigkeit der Gewalthaber, sondern auch die Unfähigkeit und Unzulänglichkeit jener Kreise, die im Kampf um die Erhaltung ihrer kirchlichen Vorrechte eine politische Position nach der anderen preisgegeben und der Diktatur Hitlers die Wege geebnet haben.

Obwohl Gurian selbst gläubiger Katholik und Anhänger der Zentrumspolitik ist, liefert er durch seine Darstellung vernichtendes Material nicht nur gegen Papen, sondern auch gegen jenen Kreis katholischer Politiker und Kirchenfürsten, der durch seine Haltung bei der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933 wie bei dem Abschluß des Reichskonkordats und bei den Vorbereitungen zur Saarabstimmung Hitler einen Triumph nach dem anderen zugeschanzt und seiner Verfolgungs- und Diffamierungspolitik gegen die Katholiken Tür und Tor geöffnet hat.

Darüber hinaus ist noch die Darstellung von Bedeutung, die Gurian über die Ziele der **Zentrumspolitik in der Weimarer Republik** und über ihre eigentlichen Beweggründe bei dem Zusammengehen mit der Sozialdemokratie liefert. Manche Illusionen werden hier zerstört und einzelne Abschnitte aus der Periode der Weimarer Koalitionspolitik in einem neuen Lichte gezeigt.

A. Stein.

R. N. Coudenhove-Kalergi: Judenhaß von heute, und Graf H. Coudenhove-Kalergi: Das Wesen des Antisemitismus. Paneuropa-Verlag, Wien 1935, 332. S.

Das Buch enthält in seinem zweiten Teil eine Neuausgabe des bekannten Werkes des Grafen Coudenhove-Kalergi, des Vaters des Vorkämpfers der Paneuropa-Union, das eine ausgezeichnete Uebersicht des Leidensweges des jüdischen Volkes gibt. Im ersten Teil liefert der junge Coudenhove eine Analyse des Wesens des heutigen Judenhasses. Er betrachtet Hitlers Judenpolitik als ein Kernstück des gesamten Nationalsozialismus, schildert die einzelnen Komponenten dieser wahnwitzigen Politik, untersucht aber auch die weiter zurückliegenden Wurzeln des latenten Judenhasses, denen es zuzuschreiben ist, daß gerade in Deutschland ein solcher Ausbruch des militanten Antisemitismus möglich wurde. Coudenhove sieht diese Wurzeln einesteils in der christlichen Jugenderziehung, andernteils in den Vorurteilen und Instinkten, die Jahrhunderte hindurch in den Volksmassen schlummerten. Diese Vorurteile schufen die Voraussetzungen für die antisemitische Schlammflut, die sich unter der Einwirkung der Wirtschaftskrise und der nationalsozialistischen Hetze über Deutschland ergoß.

Coudenhoves Darstellung ist ein wichtiger Beitrag zum jüdischen Problem, das im Vordergrunde der politischen Diskussion steht. Leider sind seine Betrachtungen über die Lösung dieses Problems unvollkommen, da sie den **sozialistischen Weg**, den der Vernichtung der Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und damit auch der Reibungsflächen zwischen den einzelnen Nationen, völlig außer acht lassen.

Viator.

Herausgeber: Ernst Sattler. Verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn. Druck: Graphia. Alle in Karlsbad
Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 320.219/VII-1933. Printed in Czecho-Slovakia.